Zuwanderungen in Vergangenheit und Gegenwart

FREMDE HEIMAT EBERSWALDE?

1743

2008

HEIMAT-KUNDLICHE BEITRÄGE

7

HERAUSGEBER: STADT EBERSWALDE
MUSEUM IN DER ADLER-APOTHEKE

KOORDINIERUNGSSTELLE FÜR TOLERANZ UND GEGEN FREMDENFEINDLICHKEIT EBERSWALDE

FREMDE HEIMAT EBERSWALDE?

Zuwanderungen in Vergangenheit und Gegenwart

Begleitheft zur Sonderausstellung
im Rahmen des Kulturlandes Brandenburg 2003 EUROPA

Überarbeitete zweite Auflage

Mit freundlicher Unterstützung:

der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg,
aus Mitteln des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg",

des Aktionsbündnisses gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt des Landes Brandenburg,

des Landkreises Barnim und

der Stadtverwaltung Eberswalde.

Die Finanzierung der Neuauflage erfolgt mit Mitteln des Lokalen Aktionsplans Barnim im Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie"

Wir danken den Autoren Herrn Knop und Herrn Seifert für ihre kurzfristig bereitgestellten Beiträge über die Zwangsarbeiter in den Rüstungsbetrieben sowie Herrn Arlt vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam für seine fachliche Beratung zum Thema der sowjetischen Truppen.

Gestaltung und Gesamtproduktion: PUBLIC. Agentur für Kommunikation

Kooperationspartner:

Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit in Eberswalde
Kai Jahns
c/o Kita Pusteblume
Ringstr. 183,16227 Eberswalde
Tel. 0163/4 45 47 11
E-mail: tolerantes_eberswalde@web.de

Landkreis Barnim
Ausländerbeauftragte Marieta Böttger
Am Markt 1, 16225 Eberswalde
Tel. 0 33 34/21 41 320, Fax 21 42 320
E-mail: auslaenderbeauftragte@kvbarnim.de

Stadt Eberswalde
Museum in der Adler-Apotheke
Steinstr. 3, 16225 Eberswalde
Tel. 0 33 34 /6 45 20, Fax 6 45 21

Verein für Heimatkunde zu Eberswalde e.V.
Ingrid Fischer
Steinstr. 3, 16225 Eberswalde
E-mail: i.fischer.ebw@gmx.de

KONTAKT Eberswalde e.V.
Irina Holzmann
Havellandstr. 15, 16227 Eberswalde
Tel. 0 33 34/38 30 70
E-mail: kontakt-ebw@t-online.de

RAA Angermünde
Berliner Str. 77, 16278 Angermünde
Tel. 0 33 31/25 20 80
E-mail: raa.ang@t-online.de

INHALTSVERZEICHNIS

GELEITWORTE DES BÜRGERMEISTERS 5

VORWORT ZUR 2. AUFLAGE 6

VORWORT ZUR 1. AUFLAGE 7

Ingrid Fischer
ZUWANDERUNG IM 17./18. JAHRHUNDERT 9

Hugenotten 9
Familie Aureillon 10
Die Hugenottendörfer Groß- und Klein-Ziethen 12

Schweizer 13
Die Eberswalder Reformierte Gemeinde und ihre Kirche 13

Juden 14
Entwicklung der Eberswalder Synagogen-Gemeinde 15
Vernichtung der Eberswalder Jüdischen Gemeinde 17
Schicksal von Emma und Salomon Goldschmidt 19

Ruhlaer 21
Die neue Vorstadt auf dem Kienwerder 21

Pfälzer 23
Das Dorf Werbellin 23
Das Dorf Friedrichswalde 24

Helmut Knop
FREMDARBEITER/INNEN IN DEN RÜSTUNGS-BETRIEBEN DES ZWEITEN WELTKRIEGES 25

Zwangsdienstverpflichtete 25

CarstenSeifert
Die Außenlager des KZ Ravensbrück 26

Kai Jahns
Geschichte erleben 31

Ingrid Fischer
ZUWANDERUNG NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG 33

Flüchtlinge, Vertriebene und Umsiedler 33
Eberswalde 1945 34
Eberswalde – Endpunkt einer Flucht 35

Sowjetische Truppen 38
Die sowjetische Besatzung im Nachkriegsdeutschland 38
„Befreier – Freunde – Kampfgefährten" 40
Der Abzug in die Heimat 1994 42

Marieta Böttger/Reinhard Wienke
VERTRAGSARBEITER IN DER EHEMALIGEN DDR 45

Ungarn 45
Pál Gerö 46

Angolaner 47
Amadeu Antonio – Opfer rassistischer Gewalt 49
Augusto Jone Munjunga 50

Marieta Böttger/Mohamed Hamdali
NEUE HEIMAT EBERSWALDE NACH DER POLITISCHEN WENDE 1990
– Zuwanderung in den Barnim – 51

Russlanddeutsche – Aussiedler/innen 53
Herkunft und Geschichte 53
Gertrude Gasanowa 54
Irina Holzmann 56

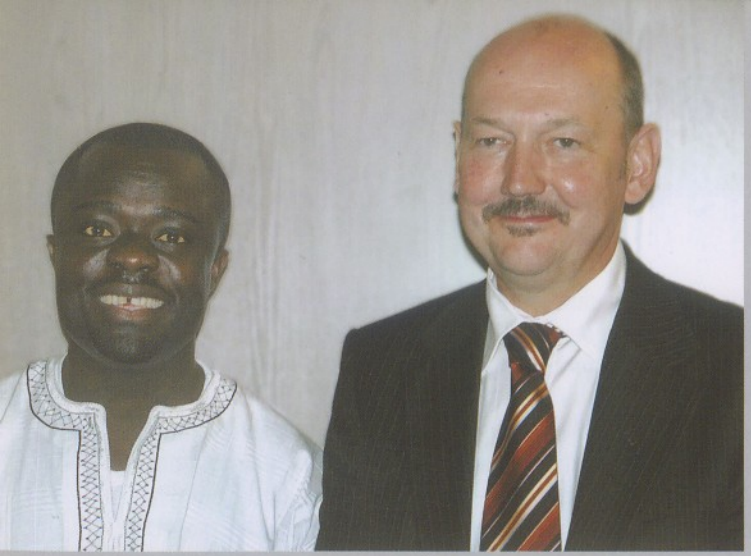
Flüchtlinge 57
Leben in Angst vor der Abschiebung 58
Obi Ogbonnaya Morrison Oji (Obi Oji) 59

Ausländer/innen 60

Astrid Schilling
Studenten/innen an der Fachhochschule Eberswalde 60
Aleksandr Lopyrov 62

INITIATIVEN ZUR INTEGRATION VON MIGRANTEN/INNEN IN EBERSWALDE 63

Ausschnitt aus dem Gemälde von Karl Hilliges „Begrüßung der ersten Messerschmiede durch den Bürgermeister vor dem Rathaus", 1743



rgermeister Friedhelm Boginski und Addo Koranteng nach der Verleihung des Preises des DAAD

Demonstration für Toleranz in Eberswalde im Jahr 2008 (Foto: T. Stapel)

DER BÜRGERMEISTER ZUM GELEIT

Kennen Sie das Bild auf der linken Seite? Sie haben das Original sicher in unserem Museum gesehen oder die historische großformatige Nachbildung in meinem Büro im Rathaus. Ich habe es dorthin hängen lassen, weil es für mich eine besondere Symbolkraft hat. Auf dem Bild begrüßt der Bürgermeister 1743 die Messerschmiede aus Ruhla.
Ein Willkommensgruß, den ich meinen Gästen ebenfalls voller Stolz auf unsere Stadt in meinem Büro entbiete und ihnen den wunderbaren Blick auf unser neues Zentrum ermögliche. Immer verknüpfe ich es mit der Botschaft, dass in Eberswalde Fremde herzlich willkommen sind, dass sie bleiben mögen, gern auch für immer oder als Gäste wiederkommen.

Fremde in unserer Stadt wurden zu Heimischen - zu Nachbarn, Kollegen, Bekannten, Freunden. Eberswalde ist seit Jahrhunderten ein Schmelztiegel verschiedenster Nationen.
Ihr Zuhause haben aktuell hier Bürgerinnen und Bürger aus 63 Staaten. Darunter sind Studenten aus 37 Staaten, die an unserer Fachhochschule Eberswalde studieren.

Welt trifft Stadt. Und ein Ausschnitt davon findet sich in der vorliegenden Broschüre wieder.

Porträts, Momentaufnahmen, Schicksale, Geschichten von Menschen, die einst kamen, zeitweise oder auch ganz blieben und die hier ihre neue Heimat gefunden haben.

Die Welt ist in Bewegung. Zuwanderung als Chance, Neues zu entwickeln; Vielseitigkeit zu leben, sich fremden Kulturen zu öffnen. Toleranz gehört dazu, Weltoffenheit, Integration – ein Prozess, der nicht von allein funktioniert, den jedoch wiederum jeder täglich leben kann.

Als Bürgermeister liegt mir dieses Thema ganz besonders am Herzen, denn wir bauen in Eberswalde auf die Kraft aller Bürgerinnen und Bürger, egal, wo ihre Wurzeln liegen oder welche Hautfarbe sie haben. Basis dafür ist ein Integrationskonzept, das wir 2008 beschlossen haben.

In diesem Sinne nehmen Sie teil an dem vorliegenden internationalen „Treffen" mit den Autoren.

Ihr Friedhelm Boginski

VORWORT ZUR 2. AUFLAGE

Das im Jahr 2003 im Rahmen des Kulturlandes Brandenburg 2003 EUROPA vom Eberswalder Museum herausgegebene Begleitheft zur Sonderausstellung „Fremde Heimat Eberswalde? – Zuwanderungen in Vergangenheit und Gegenwart" war bereits zwei Jahre später vergriffen. Alle Kooperationspartner/innen wünschten sich eine schnelle Neuauflage, die jedoch zunächst an fehlenden Finanzmitteln scheiterte. Aufgrund der unverändert hohen Aktualität des Themas Migration und seiner Bedeutung auch für die Zukunft leistet das Begleitheft einen wichtigen Beitrag zur Verständigung und Toleranz im Landkreis Barnim, insbesondere für die pädagogische Arbeit in den Schulen. Zahlreiche Aktionen und Projekte wie z.B. „Light me Amadeu" oder „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage", die in den letzten fünf Jahren entstanden, zeigen in beeindruckender Weise die aktive Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit .

Die nun vorliegende Neuauflage wurde überarbeitet und teilweise aktualisiert. Besonders große Veränderungen und Ergänzungen ergaben sich im Kapitel 2: FREMDARBEITER/INNEN IN DEN RÜSTUNGSBETRIEBEN DES ZWEITEN WELTKRIEGES und im Kapitel 5: NEUE HEIMAT EBERSWALDE NACH DER POLITISCHEN WENDE 1990 – Zuwanderung in den Barnim – Chancen und Probleme. Hier galt es, den neuen gesetzlichen und auch gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen und auch Lebensgeschichten weiter zu erzählen. Das Kapitel 6: INITIATIVEN ZUR INTEGRATION VON MIGRANTEN/INNEN wurde um KONTAKT Eberswalde e.V. – die Selbstorganisation der aus Russland und den anderen Nachfolgestaaten der ehe-maligen UdSSR stammenden Eberswalder Migranten/innen – ergänzt.

Weiterhin ist die unabhängige, gemeinnützige Bürgerstiftung Barnim – Uckermark seit 2007 ein aktiver Partner und verwaltet den Barnimer Notfallfonds für Flüchtlinge.

Die Finanzierung der Neuauflage im Jahr 2008 wurde erst mit Mitteln des Lokalen Aktionsplans Barnim im Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" möglich. Allen, die an der Neuauflage mitgewirkt sowie die Herausgabe unterstützt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Besonderer Dank gilt dem Verein für Heimatkunde zu Eberswalde e.V., der Ausländerbeauftragten des Landkreises Barnim, der Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit in Eberswalde sowie der Stadtverwaltung Eberswalde.

Ramona Schönfelder
Museumsleiterin

Ingrid Fischer
Vorsitzende des Vereins für Heimatkunde zu Eberswalde e. V.

Kai Jahns
Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit in Eberswalde

Marieta Böttger
Ausländerbeauftragte des Landkreises Barnim

VORWORT ZUR 1. AUFLAGE

Das Museum der Stadt Eberswalde hat sich in Kooperation mit lokalen Partnern in einer Veranstaltungsreihe dem Thema der Zuwanderungen gewidmet. Höhepunkt war die Ausstellung „Fremde Heimat Eberswalde? – Zuwanderungen in Vergangenheit und Gegenwart", ein Projekt des Kulturlandes Brandenburg im Europa-Jahr.

Unsere Region wurde in Geschichte und Gegenwart für unterschiedlichste ethnische Gruppen zur neuen Heimat in der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen oder als Zuflucht vor Verfolgungen.
Hierher kamen Hugenotten, Schweizer, jüdische Familien, Pfälzer Bauern und Ruhlaer Messerschmiede. Die brandenburgischen Landesherren förderten ihre Ansiedlung mit verschiedenen Vergünstigungen. Die Zuwanderer brachten handwerkliche Fähigkeiten, geistige Potentiale und nicht zuletzt andere Lebensarten mit. Konflikte zwischen den Migranten und der einheimischen Bevölkerung blieben nicht aus und konnten oft erst nach jahrelangem Miteinander ausgeräumt werden.

Im 20. Jahrhundert waren viele Menschen gezwungen, ihre Heimatländer unfreiwillig zu verlassen. So mussten nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus Zwangsarbeiter verschiedener Nationalitäten in den Rüstungsbetrieben von Eberswalde und Umgebung unter schwersten Bedingungen arbeiten.

Als Folge des Zweiten Weltkrieges veränderte sich die Bevölkerungsstruktur. Durch Flucht, Vertreibung und Umsiedlung kamen Menschen aus den östlichen Gebieten hierher und fast 50 Jahre lang lebten russische Soldaten und Zivilangehörige in Eberswalde.

Seit den 60er Jahren arbeiteten aufgrund von Regierungsabkommen Vertragsarbeiter, darunter Ungarn, Vietnamesen und Angolaner, in den Großbetrieben der Stadt.

Nach der politischen Wende kehrten Spätaussiedler/innen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion hierher, in ihre „fremde Heimat", zurück.

Migrationsmotive haben sich bis heute wenig geändert. Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt sind, suchen Zuflucht in Eberswalde. Für einige wird die Stadt nur ein vorübergehender Aufenthaltsort, für andere zur zweiten Heimat.

Die vorliegende Publikation will an die Geschichte der Zuwanderung in unserer Region erinnern, aber auch einen Appell an uns alle für Toleranz und gegenseitige Akzeptanz richten. Die Zuwanderung von heute muss als gesellschaftliche Realität begreifbar werden, denn sie ist ein Zukunftsthema.

Beim Zustandekommen dieser Publikation ist die breite Zusammenarbeit mehrerer Partner hervorzuheben. Der freundlichen Unterstützung der Förderer, der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, des Aktionsbündnisses gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt des Landes Brandenburg, des Landkreises Barnim und der Stadtverwaltung Eberswalde gilt unser besonderer Dank.

Ingrid Fischer
Museumsleiterin

Dr. Mohamed Hamdali
Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit in Eberswalde

Marieta Böttger
Ausländerbeauftragte des Landkreises Barnim

Sommer 2003

UGENOTTEN
Familie Aureillon
1686

ZUWANDERUNGEN IM 17./18. JAHRHUNDERT

Die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges (1618–1648) in der Mark Brandenburg waren verheerend. Zu den Verwüstungen von Land und Ortschaften kamen die großen Bevölkerungsverluste. Die Menschen starben im Kampf oder auf der Flucht, durch Hunger und Seuchen.
Im brandenburgischen Durchschnitt wird der Bevölkerungsverlust mit 50 Prozent eingeschätzt.

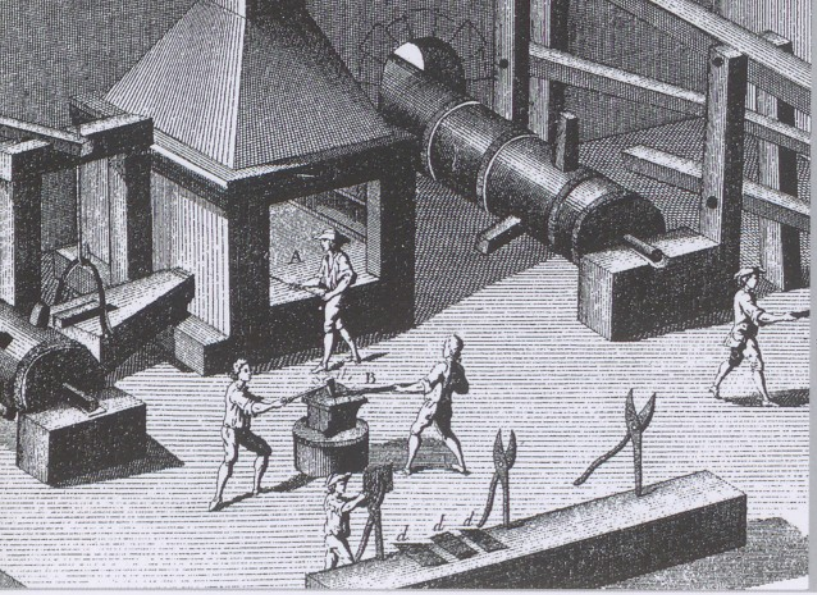
Ein Rezess von 1650 berichtete über Eberswalde „wie diese Stadt so jämmerlich verödet worden". Schon 1643 sollen in 33 Häusern nur noch 28 Bürger gewohnt haben. In den Dörfern lebten oft nur noch ein oder zwei Bauern.

Zu den Stabilisierungsmaßnahmen des Landes in den folgenden Jahrzehnten gehörte die „Peuplierungspolitik" der brandenburgischen Kurfürsten und späteren preußischen Könige. Die Einwanderung aus anderen Staaten sollte die Wirtschaft in den Städten und auf dem Lande beleben. Dazu erließen die Herrscher mehrfach Edikte.
1539 war das Kurfürstentum Brandenburg offiziell protestantisch geworden, 1613 trat das Herrscherhaus zur reformierten Kirche über. Es waren vor allem Glaubensflüchtlinge und Glaubensvertriebene aus katholischen Territorialstaaten des deutschen Reiches und des Auslandes, die in den nächsten Jahrzehnten Aufnahme in Brandenburg fanden. Vorzugsweise waren Fachleute mit speziellen Kenntnissen und Fertigkeiten gefragt. Die Ersten holte der Große Kurfürst nach dem Dreißigjährigen Krieg aus den religiös toleranten und wirtschaftlich aufblühenden Niederlanden besonders wegen ihrer landwirtschaftlichen Kenntnisse nach Brandenburg. Auch im Amt Chorin sollen einige ansässig geworden sein.

Theodor Fontane bezeichnete die Niederländer als die *„eigentlichen landwirtschaftlichen Lehrmeister für die Mark."*

HUGENOTTEN

In unserem Geschichtsbewusstsein ist besonders der positive Einfluss der Hugenotten auf Wirtschaft, aber auch Wissenschaft und Kultur des Landes verwurzelt. Nach der Reformation in Deutschland hatte sich um 1545 in Frankreich der Calvinismus, eine von dem Genfer Reformator Jean Calvin (1509–1564) mitbegründete Richtung des Protestantismus, ausgebreitet. Seine Anhänger wurden als Hugenotten bezeichnet. Mit ihnen kam es im katholischen Frankreich neben konfessionellen auch zu politischen Auseinandersetzungen.
Diese gipfelten in der Aufhebung des Ediktes von Nantes am 18. Oktober 1685 durch Ludwig XIV., womit die reformierte Religion in Frankreich endgültig verboten wurde. Danach verließen etwa 200 000 Hugenotten Frankreich und suchten Zuflucht im protestantischen Ausland.
Schon am 29. Oktober 1685 erließ Kurfürst Friedrich Wilhelm das *Chur-Brandenburgische Edict* mit Privilegien für hier niederlassungswillige *Evangelisch-Reformierte Französischer Nation.* Es kamen ca. 20 000 französische Glaubensflüchtlinge (Refugiés) nach Brandenburg (seit 1890 auch hier als Hugenotten bezeichnet). Noch waren die Spuren des Dreißigjährigen Krieges nicht beseitigt. Die Neuankömmlinge fanden verwüstetes Land vor, verödete Dörfer und Städte.
In Berlin sowie in brandenburgischen Städten und Dörfern entstanden eigene französische Kolonien. In Neustadt-Eberswalde ist keine französische Kolonie nachweisbar, jedoch befand sich seit 1704 eine solche in dem zur Herrschaft Hohenfinow gehörigen Dorf Tornow mit einem eigenen Geistlichen, dem Schweizer Pierre Motte.
Die vom Kurfürsten großzügig gewährten Aufnahmebedingungen für die Hugenotten standen im krassen Gegensatz zu den Lebensbedingungen der eigenen Untertanen, was zu Konflikten führte.



von links:

Aus: „Diderots Enzyklopädie" 1762–1777

Der Eisenhammer bei Neustadt-Eberswalde,
Radierung um 1825
Stiftung Stadtmuseum Berlin

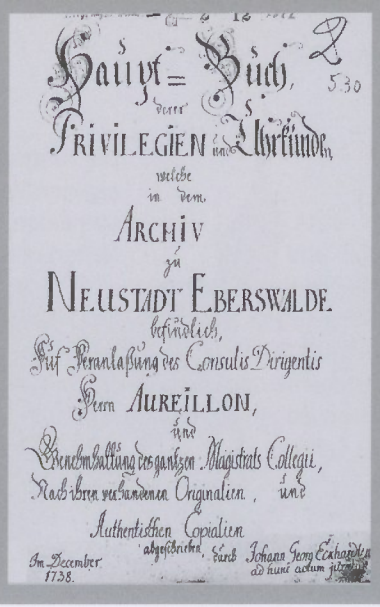
Titelblatt der Urkundenabschriften von 1738,
Kreisarchiv Barnim

Gebäude der Löwen-Apotheke, 1703 erbaut
(Foto: Britta Stöwe)

Jedoch wirkten in der Folgezeit die französischen Glaubensflüchtlinge in allen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens zum Wohle und Fortschritt des Landes und seiner Menschen mit.
Theodor Fontane, 1862:
„... ihre Sitte, ihr Kunstfleiß begannen der alten Mark plötzlich ein neues Ansehen, ein helleres Licht zu geben, als habe das alte dunkle Tannenland über Nacht sein Kleid gewechselt."

FAMILIE AUREILLON

Nicht allein die Zahl der Immigranten war entscheidend für Brandenburgs Modernisierung, sondern das von ihnen mitgebrachte Kapital, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Kenntnis technischer Neuerungen und hier bislang unbekannter Fabrikationszweige.
Das beste Beispiel aus unserer Region ist der aus Brignol stammende Hugenotte Moise Aureillon. Er stellte beim Kurfürsten den Antrag ... *eine Eisenspalterei und Drahtzieherei, dergl. noch niemals hiesiger Orten gesehen worden, allhier in dero Landen auf eigene Kosten anzurichten, ...*
Am 8. September 1698 erhielt er die kurfürstliche Konzession, diese ... *eine halbe Meile von dem Eisenhammer zur Hegermühle, an dem Strom die Füne* (Finow) *und dem Ort die Brandenburgische Schleuse* (heute Drahthammer Schleuse) *genannt, anzulegen, ... Eisen darauf zu spalten und Draht allerhand Sorten zu ziehen ...*
Weiterhin versprach die Konzession ... *Zuvorderst nehmen Se. kurfürstliche Durchlaucht dem impetranten* (eine Gnade erhaltenden) *Aureillon nebst seiner Familie, Ouvriers* (Arbeiter) *und andern Angehörigen hiermit Kraft dieses in dero Gnädigen landesfürstlichen Schutz und Protection auf und an, und conferiren demselben alle und jede denen übrigen refugirten in dero Landen gnädigst verliehenen privilegien ...*
Im Jahre 1700 war die Eisenspalterei fertig und 1702 die Drahtzieherei. Am 20. Mai 1707 vernichtete ein Brand das gesamte Werk. Mit Unterstützung seiner Freunde begann Aureillon mit dem Wiederaufbau. 1709 pachtete er mit seinen Landsleuten Didelot und Lejeune auch den Kupferhammer und das Messingwerk an der Finow für ca. zehn Jahre. Bei einer Besichtigung der Eisenspalterei im Jahre 1717 waren aber hier nur noch



sechs bis acht Arbeiter beschäftigt. 1719 erwarb der Preußische Staat das inzwischen verschuldete Werk.

Moise Aureillon, der bedeutende Industrielle des 18. Jahrhunderts, verstarb hochbetagt 1741 in Neustadt-Eberswalde.

1715 war die Eisenspalterei in den Besitz seines Sohnes, des Bürgermeisters Moises Aureillon, übergegangen. Dieser hatte von 1703–1742 (gest. 31.3.1742 in Berlin) das Bürgermeisteramt inne und versah es *mit vielem Ruhm und ausreichender Tätigkeit für das Beste der Bürgerschaft.*
Aus seiner fast 40-jährigen Amtszeit ist uns heute noch Mehreres überkommen. Zu den sichtbaren Zeugen in der Stadt gehört das älteste Haus auf dem Marktplatz, in welches 1794 die Markt-Apotheke zog, ab 1836 Löwen-Apotheke genannt. Aureillon hatte dieses Gebäude 1703 als sein Wohnhaus erbauen lassen. Ganz in der Nähe, Ecke Breite Straße/Markt wurde 1717 die Kirche der Reformierten Gemeinde, der er ebenfalls angehörte, errichtet.
Ein weiteres öffentliches Gebäude, das in seiner Amtszeit entstand, war die 1739 eröffnete neue Stadtschule in der Kirchstraße (1945 zerstört) auf dem Gelände vor dem 1830 erbauten, heute noch erhaltenen ehemaligen Schulgebäude.
Weiterhin beförderte er auch technische Neuerungen. So sollten die oberhalb der Stadt liegenden Quellen durch gebohrte Holzröhren zu den Brunnen in der Stadt geleitet werden.
1729 gab er dem zu diesen Arbeiten bereiten Totengräber Christoph Nagel für die Anschaffung von Arbeitsgeräten *einigen Vorschuß aus der Cämerey, ohngeachtet dieser Mann nicht viel unter 50 Jahren alt.*
Im gleichen Jahr entstand an der Ecke des Rathauses auf dem Marktplatz ein erster Brunnen mit einer hölzernen Löwenfigur, zwei weitere verzierte Marktfontänen folgten.

Heute befinden sich noch im Kreisarchiv Barnim zwei Großfoliobände mit Abschriften wichtiger städtischer Urkunden, die auf Veranlassung von Aureillon 1738 vorgenommen wurden.
Sein Sohn wurde von Baron von Vernezobre de Laurieux, der seit 1721 Besitzer der Herrschaft Hohenfinow war, in der dortigen reformierten Gemeinde als Kaplan angestellt, bis dieser 1744 nach Frankfurt/Oder berufen wurde.

DIE HUGENOTTENDÖRFER GROSS- UND KLEIN-ZIETHEN

Im heutigen Landkreis Barnim siedelte in Groß- und Klein-Ziethen eine der ersten Gruppen französischer Glaubensflüchtlinge in Brandenburg. Schon im Frühjahr 1686 wurden 16 französische Bauernfamilien in dem fast verödeten Dorf Klein-Ziethen angesiedelt. Dort sowie in der Nachbargemeinde Groß-Ziethen entstanden je eine geschlossene Kolonistengemeinde mit Kirche und Prediger sowie Schulhaus und Lehrer.

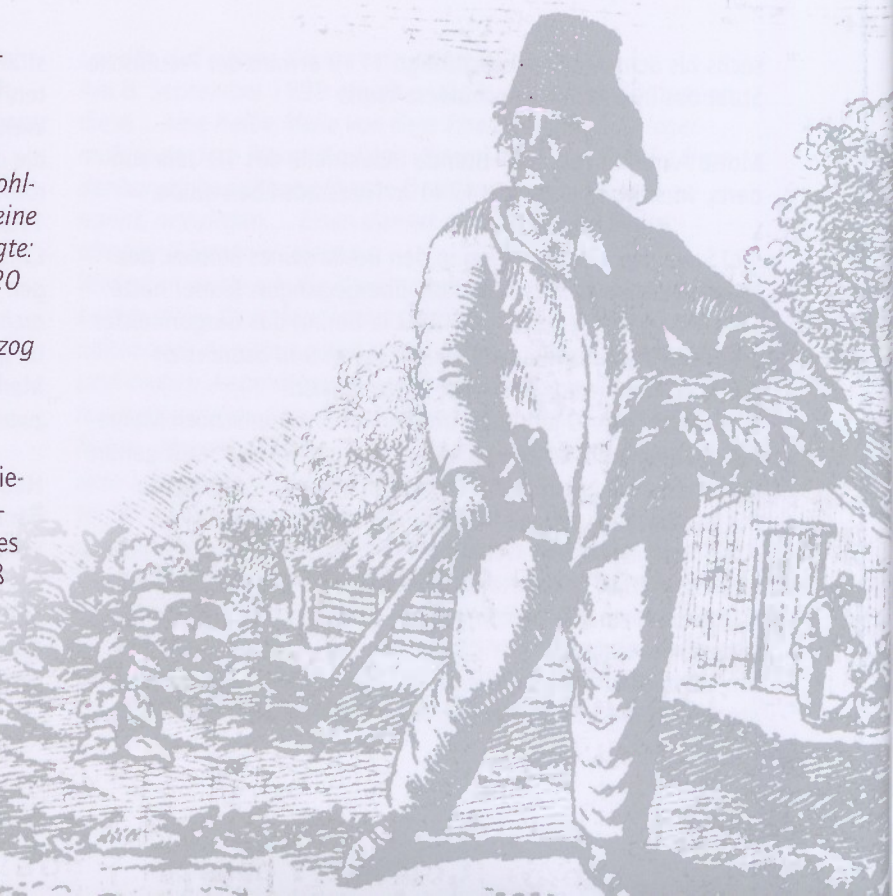
Neben gartenbaulichen Neuerungen, wie *feineren Obst- und Gemüsegewächsen,* führten die dortigen Refugiés als erste in der Uckermark die landwirtschaftliche Neuerung des Tabakbaus ein. Er erwies sich als sehr profitabel, ein Morgen Tabakland soll an Wert einer ganzen Hufe (35 Morgen) mit Getreide entsprochen haben.

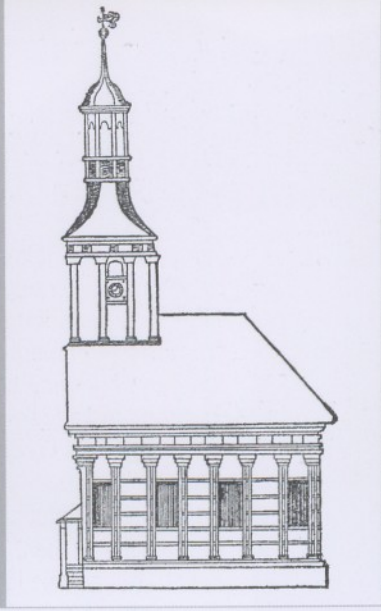
Ein französisch-reformierter Prediger berichtete über die anfänglichen Absatzschwierigkeiten des bislang unbekannten Tabaks:
Als der erste Bauer aus Groß-Ziethen in Berlin seinen Tabak verkaufen wollte, meinte der dortige Kaufmann, es wären Kohlblätter. Daraufhin stopfte der Bauer mit einigen Blättern seine Pfeife, blies dem Kaufmann den Rauch ins Gesicht und fragte: „Ist das etwa Kohl?" Der bot ihm aber für die Ladung nur 20 Groschen, obwohl sie einen Wert von 50 Talern hatte.
Das ging dem Bauern zu weit. Er verkaufte Haus und Hof, zog nach Berlin und betrieb selbst eine Tabakhandlung, für die die Ziethener Bauern das Rohmaterial lieferten.

Die Dörfer Groß- und Klein-Ziethen erhielten durch ihren Wiederaufbau der Feldmark mit den landwirtschaftlichen Neuerungen der Refugiés bis Ende des 17. Jahrhunderts ein neues Gesicht. Die soziale Assimilation der Kolonistenfamilien ließ jedoch länger auf sich warten, ihr wirtschaftlicher Aufstieg und ihre Privilegierung wurden von den Einheimischen nur schwer toleriert.

Die Amtmänner von Chorin und Grimnitz versuchten zu ihrem eigenen Vorteil, die Privilegien der Kolonistenfamilien zu beschneiden. Dagegen wehrten sich die Ziethener erfolgreich in harten und ausdauernden Kämpfen.

Der Hass gegen die Amtmänner spiegelt sich in folgender Version einer Sage wider:
Der hingerichtete Amtmann muss bis in alle Ewigkeit mit dem Kopf unterm Arm nachts auf den Wegen um Ziethen spuken gehen. Gott und der König sind gerecht!





Zwei Ansichten aus der Chronik von C. L. Ph. Schadow 1770: Neustadt Eberswalde, 1726 / Reformierte Kirche (1816 Abtragung des Turmes)

SCHWEIZER

In der vom Dreißigjährigen Krieg verschont gebliebenen Schweiz wurde 1691 bis 1693 der Kanton Zürich von einer schweren Hungersnot und Teuerungskrise heimgesucht. Diese Notzeit führte nicht nur wie bisher zu Auswanderungen in reformierte süddeutsche Gebiete. Der reformierte Zürcher Rat duldete jetzt auch die Niederlassung seiner Untertanen in lutherischen Gebieten.
Im Frühjahr 1691 wanderten zunächst 1500 Berner nach Brandenburg, wenige Wochen später ca. 1000 Zürcher. Sie folgten dem Weg, den kurz zuvor zunächst in die Schweiz geflüchtete Hugenotten gegangen waren.

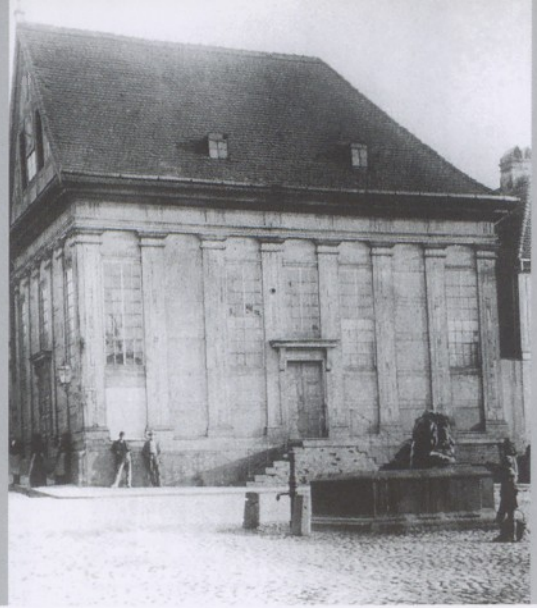
DIE REFORMIERTE GEMEINDE UND IHRE KIRCHE

Eine Gruppe von Auswanderern wurde auch nach Neustadt-Eberswalde geschickt. Der Kurfürst ordnete am 24. Juni 1691 an, *daß diese Leute auf dienliche Weise untergebracht und* (ihnen) *zu Brot und Nahrung verholfen wird.*

Lt. Eintragung im Kirchenbuch der Reformierten Gemeinde stammten die ersten 10 Familien, meist Handwerker, aus der Region Elgg-Zell östlich von Winterthur. Zu ihnen gehörten auch *Daniel Frauendorf und sein Weib,* der 1698 der erste reformierte Bürgermeister der Stadt wurde (1698–1703).

Die Immigranten erhielten auf landesherrliche Kosten einen Straßenzug nahe an der Stadtmauer, der heute noch „Schweizer Straße" heißt. Sie durften dort frei wohnen und es wurde ihnen die Befreiung von Abgaben und Steuern zunächst für 15 Jahre versprochen. Ebenso erhielten sie Acker- und Wiesenland, wovon die noch lange bestehenden Flurnamen wie die *Schweizer Wiesen* oder die *Schweizer Hufen* zeugen.

Ihre Bitte um vorläufige Überlassung der St. Gertrudskapelle auf dem Friedhof vor dem Obertor für ihre Gottesdienste wurde von der lutherischen Gemeinde allerdings abgelehnt. ... *die Unfreundlichkeit und Voreingenommenheit gegen sie, wie auch ein Paul Gerhard sie bewiesen, war eben der lutherischen Orthodoxie jener Tage eigen.* (Brandt) Sie wandten sich daraufhin an den Kurfürsten. Er bestimmte die Freigabe der Kapelle



von links:

Reformierte Kirche auf dem Marktplatz, um 1880

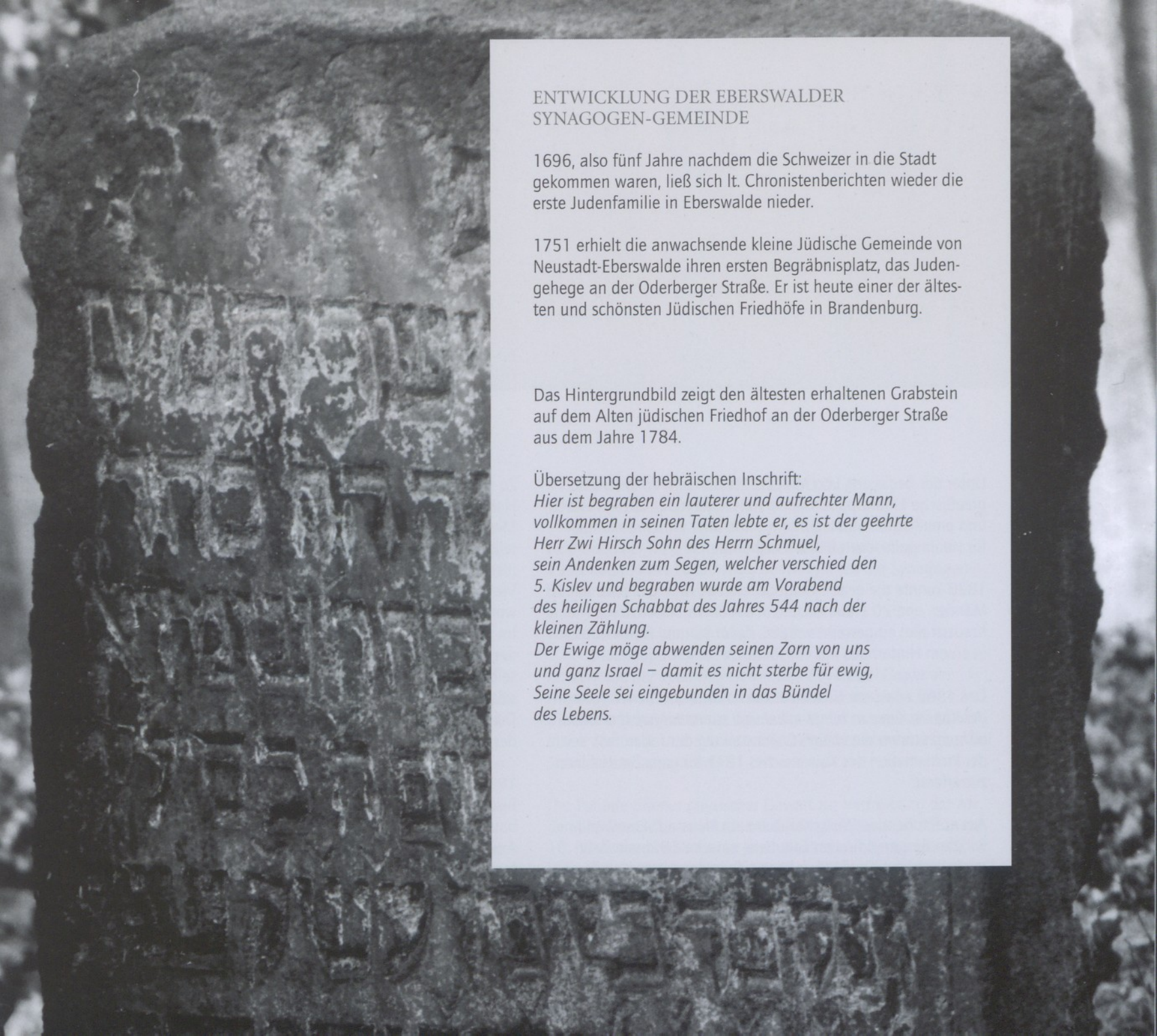
Alter Jüdischer Friedhof an der Oderberger Straße

für den reformierten Gottesdienst mit Datum vom 11. März 1693, das schließlich als das Gründungsdatum der hiesigen Gemeinde galt.
1716/17 konnte dann auf dem Marktplatz mit Unterstützung verschiedenster Spenden eine eigene Kirche errichtet werden. Das Baugrundstück hatte König Friedrich I. geschenkt.
Der Gemeinde gehörten neben den Reformierten aus der Schweiz ebenso die in der Stadt und den umliegenden Dörfern Lebenden aus Frankreich an. Mit Einwanderung der Messerschmiede aus Thüringen kamen 1747 einige Reformierte aus der hessischen Enklave Schmalkalden hinzu.
Von dem in Holzfachwerk errichteten Gebäude musste 1816 der schadhafte Turm abgetragen werden. Nochmals 1836 instandgesetzt, fand am 18.9.1892 in der Kirche am Markt der letzte Gottesdienst statt. Im Anschluss daran erfolgte die Grundsteinlegung einer neuen Kirche, der heutigen St. Johannis-Kirche, auf dem Alsenplatz (heute Karl-Marx-Platz). Ihre Einweihung fand am 3. Oktober 1894 statt.
Ab 8. August 1830 war die Reformierte Gemeinde der Lutherischen Kirche angeschlossen worden und trug den Namen „Evangelische St. Johannis Gemeinde".

JUDEN

Das älteste, heute aber nicht mehr auffindbare Eberswalder Stadtbuch hatte berichtet, dass es schon 1400 *schlachtende Juden, die Pfänder halten durften* in der Stadt gegeben hat. 1407 erwähnte der Rat ein Haus bei den Steinen in der „Jodenstraße" (Jüdenstraße). Obwohl 1439 ein Jude hier das Bürgerrecht erhalten haben soll, waren Juden nicht gleichberechtigt, sie wurden z.B. nicht in Zünften aufgenommen.

Es folgten Verleumdungen, Verfolgungen und zeitweise Vertreibungen aus der Mark Brandenburg. Erst mit dem Edikt vom 21. Mai 1671 erlaubte der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm im Zuge seiner Peuplierungspolitik Juden, sich in Brandenburg unter Einhaltung strenger Vorschriften niederzulassen. Von 3000 aus Wien ausgewiesenen Juden nahm er 50 wohlhabende jüdische Familien hier auf.



ENTWICKLUNG DER EBERSWALDER SYNAGOGEN-GEMEINDE

1696, also fünf Jahre nachdem die Schweizer in die Stadt gekommen waren, ließ sich lt. Chronistenberichten wieder die erste Judenfamilie in Eberswalde nieder.

1751 erhielt die anwachsende kleine Jüdische Gemeinde von Neustadt-Eberswalde ihren ersten Begräbnisplatz, das Judengehege an der Oderberger Straße. Er ist heute einer der ältesten und schönsten Jüdischen Friedhöfe in Brandenburg.

Das Hintergrundbild zeigt den ältesten erhaltenen Grabstein auf dem Alten jüdischen Friedhof an der Oderberger Straße aus dem Jahre 1784.

Übersetzung der hebräischen Inschrift:
Hier ist begraben ein lauterer und aufrechter Mann,
vollkommen in seinen Taten lebte er, es ist der geehrte
Herr Zwi Hirsch Sohn des Herrn Schmuel,
sein Andenken zum Segen, welcher verschied den
5. Kislev und begraben wurde am Vorabend
des heiligen Schabbat des Jahres 544 nach der
kleinen Zählung.
Der Ewige möge abwenden seinen Zorn von uns
und ganz Israel – damit es nicht sterbe für ewig,
Seine Seele sei eingebunden in das Bündel
des Lebens.

Unter der Regierung von Minister Hardenberg erklärte das preußische Emanzipationsedikt von 1812 Juden zu „Einländern und preußischen Staatsbürgern", hob aber Einschränkungen für sie im politischen Bereich nicht auf.

1820 konnte die erste Synagoge, ein Fachwerkgebäude mit 28 Männer- und 20 Frauensitzen, in der ehem. Rosenstraße (heute Kreuzstraße) eingeweiht werden. Zuvor war der Gemeinde hier in einem Hinterhaus nur ein „Betlokal" erlaubt gewesen.

Das 1869 erlassene *Gesetz betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung* schrieb die völlige Gleichstellung der Juden fest, seit der Proklamation des Kaiserreiches 1871 für ganz Deutschland zutreffend.

Am aufblühenden Wirtschaftsleben in Neustadt-Eberswalde wirkten Bürger jüdischen Glaubens entscheidend mit. Zahlreiche jüdische Kaufleute hatten sich in der Altstadt und vor allem in der Neuen Kreuzstraße (heute Friedrich-Ebert-Straße), niedergelassen.

Zu den einflussreichsten jüdischen Bürgern gehörte die aus Halberstadt stammende Familie Hirsch. Sie hatte 1863 das Messingwerk am Finowkanal gekauft. Aufgrund ihrer tiefreligiösen Einstellung zeigte sie ein hohes soziales Engagement.
Viele der Mitarbeiter des Werkes und somit meist auch Bewohner der Messingwerksiedlung waren jüdischen Glaubens. Im alten Hüttenamt richtete Gustav Hirsch einen Betsaal ein, der später als Synagoge bezeichnet wurde. Hier leitete er selbst die Gottesdienste. Jedoch gehörte die Messingwerksiedlung auch zum Synagogen-Bezirk Neustadt-Eberswalde. Die Familie Hirsch verließ noch vor der Machtergreifung der Nazis Deutschland und ging nach Israel.

1891 ließ die größer gewordene Jüdische Gemeinde in der Bismarckstraße (heute Goethestraße) eine neue Synagoge erbauen. Noch im gleichen Jahr am 30. Dezember fanden in Anwesenheit zahlreicher Gäste die Einweihungsfeierlichkeiten statt.

von links:

die neue Kreuzstraße um 1910

die jüdische Kaufmannsfamilie Kann aus der Brautstraße, 1851

die Synagoge in der Bismarckstraße, 1892

Die Synagoge gehörte zu den schönsten Bauwerken in der Stadt. Aus dem Stadtpanorama ragten die mittlere Kuppel mit dem goldenen Davidstern sowie die beiden kleineren Seitenkuppeln heraus. Die Fassade war mit blauen und weißen Kacheln belegt und ihr Mittelteil enthielt zwei Schrifttafeln mit den zehn Geboten in hebräischer Schrift.

1907 gehörten von den 23 833 Einwohnern der Stadt 212 der Synagogen-Gemeinde an. Der Friedhof an der Oderberger Straße war zu klein geworden, so dass 1911 ein neuer Friedhof an der Freienwalder Straße angelegt werden musste. 1929 erhielt er eine Friedhofshalle, für deren Kuppel die Hirsch, Kupfer- und Messingwerke die Kupfereindeckung spendeten. Am Sonntag, dem 16. August 1931 setzte ein Blitzschlag die Eberswalder Synagoge in Brand.
Damals eilten – im Gegensatz zur Pogromnacht 1938 – viele Eberswalder Bürger zu Hilfe, um den Brand zu löschen und Inventar zu retten. Am 6. März 1932 konnte die wiederhergestellte Synagoge eingeweiht werden.

VERNICHTUNG DER EBERSWALDER JÜDISCHEN GEMEINDE

Bald nach der Machtergreifung der NSDAP am 30. Januar 1933 begann der Leidensweg der Mitglieder der Synagogen-Gemeinde.

Zeitungsbericht vom 29. März 1933:

Im Verfolge der überall einsetzenden Boykottmaßnahmen wurden gestern abend auch in Eberswalde die jüdischen Geschäfte geschlossen. Im Laufe der Nacht wurden die Läden durch Teerfarbe und Boykottaufschriften versehen und zum Teil Schaufenster zugepinselt ...

Die Periode offener physischer Gewalt zur Vertreibung der Juden aus Deutschland setzte mit der Pogromnacht vom 9. zum 10. November 1938 ein. In jener Nacht fiel, ebenso wie alle jüdischen Gotteshäuser in Deutschland, der eindrucksvolle Eberswalder Synagogenbau den Zerstörungen der Nazis zum Opfer.

links: Eberswalder Synagoge nach einem Blitzschlag 1931
rechts: Gedenktafel in der Goethestraße, 1966 eingeweiht

Erinnerungen eines Eberswalders:
„Ich habe als 8-jähriger Junge in der damaligen Bismarckstraße der brennenden Synagoge gegenüber gestanden und mich gewundert, daß die Feuerwehr nicht löschte, sondern nur die danebenstehenden Häuser bespritzte, offenbar um sie vor dem Übergreifen der Flammen zu bewahren, während vereinzelt Juden versuchten, Inventar zu retten. Es herrschte eine fast gespenstische Stille der zusehenden Bürger der Stadt – eine Erinnerung, die mich nicht losläßt ..."

Am 3. Februar 1939 meldete die Ortspresse: Keine jüdischen Unternehmen mehr in Eberswalde! Die Geschäfte waren in „arische" Hände gegeben worden.

Die letzten noch in Eberswalde verbliebenen Juden lebten in dem in jüdischem Besitz befindlichen Haus Kirchstraße 18 und in dem Gehöft der ehemaligen Ziegelei Polenzwerder. Im Herbst 1942 wurden auch sie deportiert und kamen auf dem Transport oder in Konzentrationslagern um.

Von den 1929 zur Eberswalder Synagogen-Gemeinde gehörenden 320 Mitgliedern hatten nur wenige Deutschland verlassen können oder wollen. Ihre Nachkommen leben in der Welt verstreut, in den USA, Israel und Australien.

Seit Anfang der 90er Jahre kommen jüdische Zuwanderer/innen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion auch nach Deutschland. Sie erhalten hier eine unbefristete Niederlassungserlaubnis. In Bernau haben Zuwanderer/innen aus der ehemaligen Sowjetunion 1997 wieder eine kleine jüdische Gemeinde gegründet, die zur Zeit aus 154 Mitgliedern besteht.

Das Ehepaar Emma und Salomon Goldschmidt

SCHICKSAL VON EMMA UND SALOMON GOLDSCHMIDT

Salomon Goldschmidt (geb. am 4. März 1874 in Posen) kam 1901 als gelernter Kaufmann nach Eberswalde. Er eröffnete zunächst einen kleinen Weißwarenladen in der Breiten Straße. Seine erfolgreiche Arbeit ermöglichte ihm, in den folgenden Jahren mehrfach sein Geschäft an neuen Standorten zu vergrößern, zuletzt an der Kreuz-/Ecke Kirchstraße.

Das Ehepaar Goldschmidt erwarb durch sein großes soziales Engagement hohe Anerkennung in der Stadt. Emma G. wirkte vor allem im „Vaterländischen Frauenverein" und Salomon G. war Vorsitzender des „Vereins für jüdische Geschichte und Literatur" sowie Repräsentant der Eberswalder Synagogen-Gemeinde.

Aus „In Memoriam Emma und Salomon Goldschmidt" von Dr. Puah Menczel, Israel, die freundschaftlich mit dem Ehepaar Goldschmidt verbunden war:

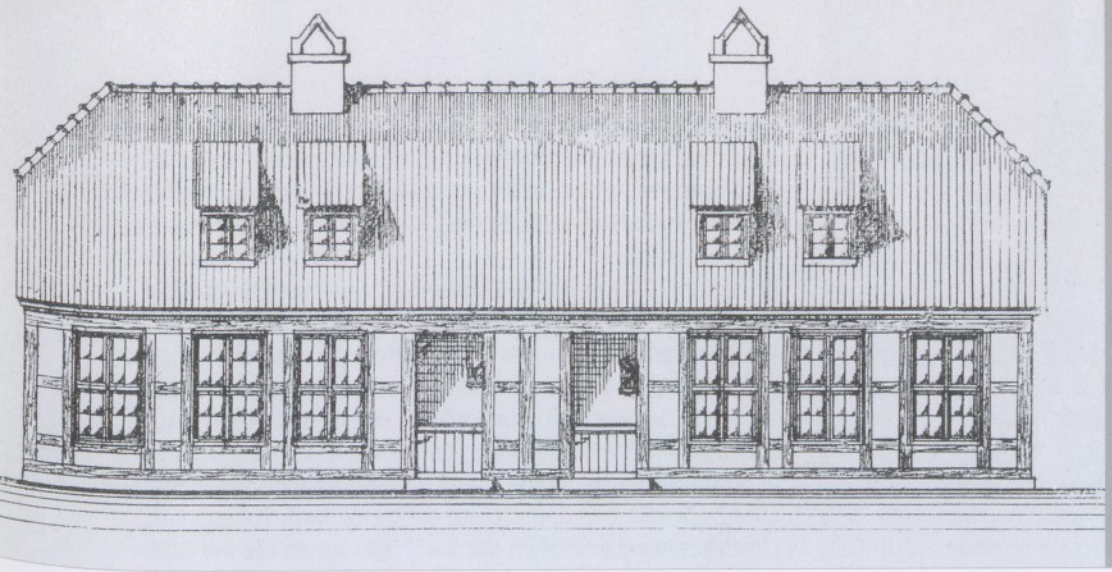
... Aber nach 1933, als die Lebensgefahr für Juden immer größer wurde, gelang es nicht, wenigstens unsere guten Freunde mit uns nach Eretz-Israel zu bringen ... Alle unsere Bitten und Beschwörungen waren vergeblich.
Sie konnten nicht glauben, daß die Vernichtung auch sie erreichen könnte, sie, die mit nicht wenig Stolz beteuerten: unsere Brüder haben an der Front gekämpft, in Treue für den Kaiser und das deutsche Vaterland ...
Salomon und Emma Goldschmidt wurden nach Theresienstadt verschleppt, Emma wurde im Lager umgebracht, Salomon lebte noch einige Zeit weiter, erblindet, verhungert und herabgekommen ...

Am 21. September 1949 schrieb Salomon Goldschmidt an Bekannte in den USA: *... Ich habe während des schrecklichen Krieges meine ganze Familie verloren, meine gute und schöne Frau Emma, meine Schwester Johanna Zivier, alle anderen Verwandten auch. Ich wurde im letzten Moment nach einer schweren Krankheit in der Schweiz gerettet und ich lebe für immer in einem Heim für alte Leute hier in Lugano ...*

Aus einem Brief vom 15. Januar 1950:
... Aus Eberswalde bekam ich gerade Bericht, daß an der früheren Junkerstr. das Schild Salomon-Goldschmidt-Straße endgültig befestigt sei, damit mein Name dort unvergeßlich sei: Was sagen Sie bloß dazu? Das kommt mir weit überschätzt vor ... es hat mir trotzdem eine Freude gemacht u. ich weiß die Triebfeder, die dankbare Kundschaft u. besonders das Personal ...

Salomon Goldschmidt starb am 30. Mai 1951 in Lugano.

Ohngefehrer Plan
von der Stadt Neustadt Eberswalde
c 1750.
c 1:2500
Weg nach Berlin
Hausberg
Drachen Kopf
Der Knie Busch
Die Lietze
Schweizer Strasse
Innerder Strasse
Richter Strasse
Braut Strasse
Juden Strasse
Kurze Gasse
Marckt
Breite Strasse
Rosen Strasse
Gentz Strasse
Die Schwarze
Weg zur Vor Stadt
Marckt
Finore
Der Hundemarckt
Die Fluthe
Der Finow
Bergwall
Canal
Weg nach Spechtshausen
Weg nach Fleegerm
Schwingel Haus
Schützen Platz
Schleuse Meister Wohnung
Rathes Ziegelei
Scheunen
Die Eichwerder



linke Seite:

Plan von Neustadt Eberswalde,
handcolorierte Zeichnung von 1750
Staatsbibliothek Berlin

Messerschmiede-Doppelhaus
in der Schicklerstraße

RUHLAER MESSERSCHMIEDE

Der preußische König Friedrich II. (1712/1740–1786) führte konsequent die Binnenkolonisation des Landes weiter. Dabei war sein toleranter religiöser Grundsatz, jeder könne nach seiner Façon selig werden, gleichzeitig auch eine günstige Voraussetzung zu weiterem wirtschaftlichen Aufschwung des Landes. Es machten aber nicht nur religiös oder politisch Verfolgte verwüstete Landstriche wieder urbar und brachten ihr Wissen und Können bei der Anlage neuer Manufakturen ein, sondern auch Wirtschaftsemigranten sahen hier einen günstigen wirtschaftlichen Einstieg. Denn Friedrich II. verteilte großzügig Konzessionen und finanzielle Beihilfen, stellte Grund und Boden, Gebäude und Produktionsmittel kostenlos zur Verfügung.

DIE NEUE VORSTADT AUF DEM KIENWERDER

Schon kurz nach der Übernahme seiner Regierung erließ König Friedrich II. am 27. Juni 1740 das Reskript zur Anlage einer Stahl- und Eisenwarenmanufaktur in Neustadt-Eberswalde. Für diese seien Facharbeiter notfalls aus dem Ausland herbeizuholen. Hierzu wurde der königlich preußische Resident und Agent Georg Ludwig Avenarius in der freien Reichsstadt Mühlhausen beauftragt. Gebürtig in Schmalkalden, dem Fürstentum Hessen-Kassel zugehörig, kannte er das Potential des dortigen Kleineisengewerbes.
Die ersten beiden Scherenschmiede aus Schmalkalden, Georg Hilpert und Johann Erbe, trafen mit ihren Familien am 1. Dezember 1743 in Neustadt-Eberswalde ein. Für den Transport hatten sie je Meile 12 Groschen an Meilengeld erhalten sowie freies Fuhrwerk und Reisepässe.
Die Familien mussten zunächst in Bürgerquartieren untergebracht werden. Erst 1745 waren die ersten kombinierten Arbeits- und Wohnhäuser an der Stadtmauer fertig und die Arbeit konnte beginnen. Bis dahin erhielten die Einwanderer aus der königlichen Manufakturkasse Unterstützungsgelder. Darauf mussten sie aber oft monatelang warten, so dass sie mit ihren Familien am Existenzminimum lebten.
Avenarius konnte weitere erfolgreiche Anwerbungen in und um Ruhla aufgrund des dortigen wirtschaftlichen Verfalls des Gewerbes vornehmen.

Inzwischen ergriff aber die Regierung von Sachsen-Weimar-Eisenach harte Maßnahmen gegen alle Auswanderungswilligen. Die Ruhlaer flohen deshalb bei Nacht und Nebel zunächst zu Avenarius nach Mühlhausen, von wo sie teilweise erst nach mehreren Wochen nach Neustadt-Eberswalde geleitet wurden.

Die Stadt mit ihren knapp 2000 Einwohnern hatte große Schwierigkeiten, die neu eingetroffenen 30 Familien in Wohnungen unterzubringen. Ebenso dauerte es für manche Ruhlaer oft Jahre, bis sie einen vollen Arbeitsplatz hatten.

Für die 1750 auf 62 Familien mit 235 Seelen angewachsenen Einwanderer wurde nach mehreren fehlgeschlagenen Unterbringungsplänen schließlich 1751–1753 eine neue Vorstadt errichtet. Sie entstand westlich der Stadt auf dem so genannten Kienwerder.

Beiderseits einer befestigten Straße verlief je eine Häuserreihe, die in der Mitte zurücktretend einen Marktplatz bildeten. Die 35 Doppelhäuser mit einer Etage waren für ein oder auch zwei Familien bestimmt. Dahinter lag meist eine Schmiedeesse und auch ein Garten.
Zwischen 1748 und 1759 kamen in Neustadt-Eberswalde insgesamt 129 Familien an.
Die „Ruhlaer" blieben hier eine geschlossene ethnische Gruppierung und waren für die Stadtbevölkerung lange Zeit fremd. Jedoch ließen sie an ihrem großen Jahresfest im August auch die einheimische Bevölkerung teilhaben. Am ersten Tag des achttägigen Festes wurde zuerst dem Bürgermeister ein Ständchen gebracht und dann folgte der große festlich geschmückte Umzug durch die Straßen der Stadt. Der Altgeselle der Gilde hatte dabei das Lebehoch auf den Landesherrn und den Bürgermeister auszubringen.

Die Ansiedlung der Ruhlaer Messerschmiede hatte in den Jahrzehnten der Erholungsphase nach dem Dreißigjährigen Krieg einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung für die Stadt sowie ihre erste Erweiterung außerhalb der mittelalterlichen Stadtmauer gebracht.

Heute erinnert an die Messerschmiedesiedlung der Straßenname „Ruhlaer Straße". Dort ist noch der ehemalige Marktplatz mit der Linde zu erkennen.

DIE PFÄLZER DÖRFER

Friedrich II. beauftragte am 7. Januar 1747 den preußischen Residenten Freytag in Frankfurt/Main zur Anwerbung von erfahrenen Fachleuten, vor allem Bauern. Auswanderungswillige wurden in Pfalz-Zweibrücken, in der Kurpfalz und im Rheinhessischen wegen der dort herrschenden wirtschaftlichen, aber auch religiösen Bedrängnis gefunden.

Mit dem Nötigsten auf Karren und Planwagen gelangten sie bis zum Sammelpunkt Frankfurt/Main. Von dort machte sich der Treck auf einen wochenlangen Weg in den unbekannten Nordosten. In Berlin kamen sie am 11. Mai 1748 an.

Bis zur planvollen und geordneten Ansetzung der Kolonisten verging noch einige Zeit.

DAS DORF WERBELLIN

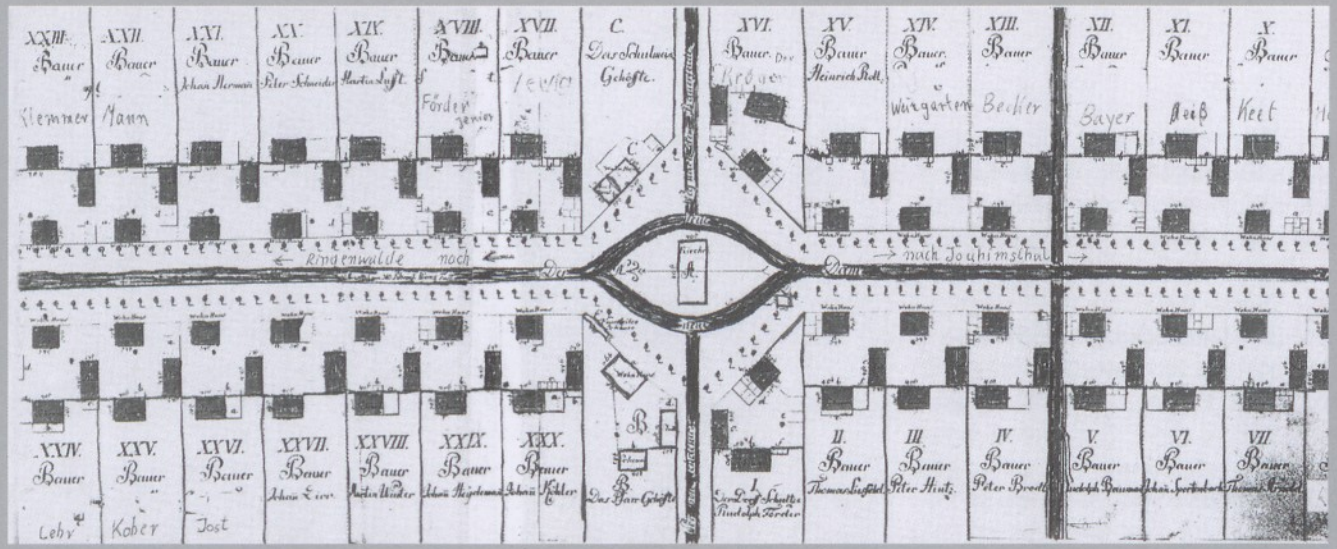
Am 24. Juli 1748 erhielten 18 Kolonistenfamilien aus der Pfalz und Rheinhessen aufgrund einer Erb-Zinsverschreibung des Königs Acker- und Wiesenland zugewiesen, das bis dahin von Bauern aus Steinfurth, Schöpfurth und Lichterfelde pachtweise bewirtschaftet worden war.

Das neue Kolonistendorf wurde als Straßendorf mit Wohnhäusern aus Lehmfachwerk angelegt. Die unmittelbare Nähe zum

König Friedrich II
(1712/1740–1786)

Werbellinsee gab ihm den Namen. In den Hausgärten wurden Kartoffeln zum Eigenbedarf angebaut und Tabak geerntet. Den Ortsmittelpunkt bildete die 1776 erbaute Fachwerkkirche. Nachdem sie 1910 wegen Baufälligkeit abgetragen werden musste, konnte vier Jahre später eine neue Kirche eingeweiht werden.

Zwischen Einheimischen und Kolonisten kam es mehrfach zu Streitigkeiten. Als der Lichterfelder Schäfer auf dem Gebiet der Kolonisten hütete, nahmen diese ihm erst sieben, dann nochmals 17 Hammel weg. Darüber kam es sogar zu Schlägereien. Die ganze Gemeinde Lichterfelde zog unter Anführung des Amtmann Kienitz nach Werbellin und holte sich ihre Hammel zurück.
Bald darauf erhielten die Werbelliner Kolonisten wegen ihres Verhaltens eine scharfe Rüge von der Domänenkammer. Dessen ungeachtet dauerten die Streitigkeiten fort.



Erster Bauplan des Dorfes Friedrichswalde

DAS DORF FRIEDRICHSWALDE

Dem König wurde von der Kurmärkischen Kammer empfohlen, von den Auswanderern aus der Kurpfalz und dem Rheinhessischen die dreißig wohlhabendsten für die Siedlerstelle bei den Zaunsetzerstellen (seit 1661 zur Instandhaltung des kurfürstlichen Wildzaunes eingerichtet, ab 1720 zu Vorwerken erweitert) Blankenpfuhl und Radebands Hecken auszuwählen.
Weil es „in Ew. Kgl. Majestät Walde gelegen" sollte die Siedlerstelle den Namen „Friedrichswalde" erhalten.

Nach der Rodung des Geländes wurde lt. Reskript des Königs vom 15. August 1748 und dem Vermessungsplan das Dorf angelegt und das Land den Siedlern zugeteilt. Über die Hofstellen entschied im Frühjahr 1749 das Los. In lockeren Abständen lagen diese an der breiten Dorfstraße, die bald mit Linden bepflanzt wurde.
Das Durchschnittsalter der Siedler betrug 38 Jahre, das Durchschnittsbarvermögen lag bei 90 Talern. Von den meist mehr als fünf Mitglieder zählenden Familien waren zwei lutherischen Glaubens, alle anderen Reformierte.

Die ursprünglich in Fachwerk errichtete Kirche entstand 1782–83 als betont schlichte Reformiertenkirche.

Von der flämischen Teilgruppe der ersten Siedler wurde die Fertigkeit des Holzschuhmachens mitgebracht, was Friedrichswalde weit über die Ortsgrenzen hinaus bekannt machte.

Der größten seiner kurmärkischen Siedlungen blieb der König zeit seines Lebens gewogen. Verschiedene Privilegien, die er 1766 auch den kommenden Generationen zusicherte, machten die Friedrichswalder Siedler zu Freibauern im Unterschied zu der leibeigenen Landbevölkerung in den Nachbardörfern.

Die Traditionen des Dorfes werden heute durch den Heimatverein „Pfälzer Erben" lebendig gehalten.

FREMDARBEITER/INNEN IN DEN RÜSTUNGSBETRIEBEN WÄHREND DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Bald nach der nationalsozialistischen Machtübernahme arbeiteten vorhandene und neu entstehende Werke in unserer Region vorerst geheim und dann immer offener für die Kriegsvorbereitung.
Mit Kriegsbeginn 1939 nahm der Arbeitskräftebedarf der Rüstungsindustrie drastisch zu, da nun Einberufungen zur Wehrmacht das Betriebspersonal reduzierten. Handwerks- und Landwirtschaftsbetriebe verloren oft fast alle Arbeitskräfte.

ZWANGSDIENSTVERPFLICHTETE

Es waren zunächst Jugendliche aus dem deutschen Reich, die als Dienstverpflichtete auch fern ihrer Heimatorte eingesetzt wurden. Die jungen Männer erhielten Lagerunterkünfte, die zunächst aus Stein, dann aber zunehmend als Holzbaracken in Nähe der Betriebe entstanden.

Erste Ausländer, junge männliche Zivilarbeiter aus dem unterworfenen Polen, wurden zunächst bei Handwerksmeistern und im ländlichen Raum eingesetzt. Zur Abschreckung meldete die örtliche Zeitung bereits im Oktober 1939 die Verurteilung eines Finower Fleischermeisters zu drei Monaten Gefängnis, weil neue polnische Arbeiter mit an seinem Familientisch speisten. Überall achteten Kontrolleure darauf, dass so etwas unterblieb. Trotzdem bedankten sich nach Kriegsende vielfach Zwangsverpflichtete für die menschliche Wärme, die sie bei so manchen Familien erfahren hatten.

1940 kamen erste dienstverpflichtete tschechische Facharbeiter in die metallverarbeitenden Betriebe. Ihnen folgten Belgier und Holländer in stetig wachsender Zahl. Sie lebten unter ähnlichen Bedingungen wie die deutschen Dienstverpflichteten. Bestimmte Verhaltensregeln waren einzuhalten, aber in der Freizeit konnten sie auch das Stadtzentrum und seine Kinos besuchen. Ebenso durften sie Pakete aus der Heimat empfangen.

Ab 1942 waren überall abgetrennte Teillager entstanden, in die so genannte „Ostarbeiter" einzogen. Das waren mit Versprechungen oder unter Druck nach Deutschland geholte ukrainische Männer, in wachsender Zahl aber auch Frauen. In Eberswalde wurden am 30. Juni 1943 lt. Statistik 2000 gezählt, darunter 690 Frauen. Deren Zahl hatte sich in zwei Monaten verdoppelt.
Am Wochenende sah man oft Ostarbeiter, aber auch Zivilarbeiter anderer Nationen, in den Gärten ihrer deutschen Kollegen arbeiten, wofür sie kleinere Zuwendungen erhielten.
Offiziell war dies natürlich nicht erwünscht.

Französische Kriegsgefangene lebten in stacheldrahtumzäunten Lagern, bewacht von alten Landwehrmännern. Sie arbeiteten in kleineren Betrieben, bald aber auch in der Landwirtschaft, ebenso Polen und einige junge Ukrainer/innen. Ohne fanatischen Gutsinspektor oder Ortsbauernführer hatten es hier die Fremden erträglich.
Den ab 1943 ins Land gebrachten Franzosen ging es in den Lagern der Industriebetriebe schlechter als den kriegsgefangenen Landsleuten des Jahres 1940. Das hing wohl mit der zunehmenden Resistance in Frankreich zusammen.

Als die Partisanenaktivität in der Ukraine und in Belorussland sich verstärkte, nahm die Isolierung der „Russen", wie sie alle genannt wurden, zu. Die Versorgung verschlechterte sich bei ihnen zuerst, auch kam es öfters zu Bestrafungen.
Polnische Bürger, 1943 waren es 1100, hatten in den Lagern nun einen Aufnäher mit der Bezeichnung „P" zu tragen, die „Ostarbeiter" wurden mit „Ost" gekennzeichnet.

Gedenkstein auf dem Eberswalder Waldfriedhof
(Foto: G. Rinnhofer)

Hier ruhen
109 Bürger der Sowjetunion
39 Töchter und Söhne Polens
ein junger Kroate
und eine Bürgerin Luxemburgs

Faschistische Willkür entriss sie dem Heimatboden
und verschleppte sie zur Zwangsarbeit für
die blutigen Ziele des Imperialismus.
Sie wurden Opfer des Faschismus und Militarismus
in den Jahren des zweiten Weltkrieges.
Das freie deutsche Volk ehrt ihre letzte Ruhestätte
wie die seiner eigenen Brüder und Schwestern.

Die Stadt Eberswalde zählte lt. Statistik im ersten Halbjahr 1943, monatlich etwas differierend, um 430 Holländer, 370 Belgier und 700 Franzosen. Es waren alles Männer, die in den Rüstungsbetrieben in Tag- und Nachtschichten arbeiteten. Die Qualität der Unterkünfte nahm aufgrund der Überbelegungen ab, so dass sie bald als „Straflager" bezeichnet wurden.

Im Britzer Eisenwerk wurden russische Kriegsgefangene beschäftigt, ab Ende des Jahres 1943 auch italienische, ehemalige Verbündete. Italien hatte 1943 in seinem Süd- und Mittelteil kapituliert. Italienische Kriegsgefangene hatten 1944 in einzelnen Wohngebieten in einem Firmenauftrag alle Dachböden zu kalken. Eine Ausspritzung mit Kalk sollte angeblich vor Brandbombenschäden schützen.

Im Britzer so genannten „Waldlager" existierte ein streng abgeteilter kleiner jüdischer Lagerkomplex. In ihm soll es in der letzten Kriegsphase zu einer Widerstandsaktion gekommen sein.
In dem Bericht aus einem Betriebslager der Ardeltwerke wird der Vollzug der Todesstrafe durch Hängen vor allen Lagerbewohnern geschildert. Die Verurteilung sollte vor Lebensmitteldiebstahl abschrecken. Andere Verurteilungen dieser Art in den Zivilarbeiterlagern in und um Eberswalde sind uns nicht bekannt geworden.

DIE AUSSENLAGER DES KZ RAVENSBRÜCK

Bis heute erinnern nahe dem Montagekran „Eber" zwei Baracken an ein Außenlager, das das KZ Ravensbrück 1944/45 auf diesem und dem angrenzenden Gelände unterhielt. Seit 1998 stehen die Baracken unter Denkmalschutz.

Die Ardeltwerke erlangten vor 1933 insbesondere durch den Bau von Kranen Weltruf. Im „Dritten Reich" entwickelte sich das Unternehmen zu einem führenden Rüstungsproduzenten.
Die Familie Ardelt erfreute sich bester Beziehungen zu den Spitzen der Reichsbehörden und erzielte gewaltige Gewinne bei der Ausführung von Staatsaufträgen. Panzerabwehrkanonen zählten jetzt zu den bekanntesten Produkten. Die Vergrößerung des Werks erreichte ihren Höhepunkt 1940 mit der Fertigstellung

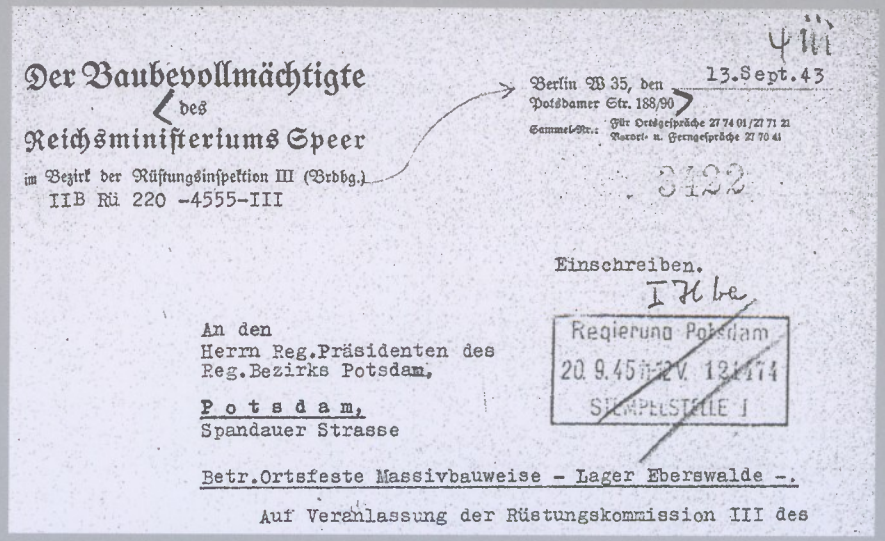
einer riesigen Stahlbauhalle. 1935 ging am Hohenzollernkanal (heute Oder-Havel-Kanal) das „Nordwerk" in Bau. Dort produzierte die Märkische Stahlformwerk GmbH, eine Tochtergesellschaft der Ardeltwerke, Granaten und Bomben.

Für die zahlreichen Fremdarbeiter entstanden mehrere Barackenlager im Umkreis der Fabrik. 1943 veranlasste die „Rüstungskommission III des Reichsministers für Bewaffnung und Munition" die Errichtung des „Gemeinschaftslagers West" zur Unterbringung von 1000 Arbeitskräften.

Seine ersten Bewohner waren etwa 100 bis 150 Arbeiter aus Belgien. Bei ihrer Ankunft Anfang März 1944 waren die Barakken noch nicht ganz fertiggestellt. Bereits Anfang Mai wurden alle Insassen in dem nahe liegenden „Drehnitzlager" einquartiert. Das vollständig geräumte „Gemeinschaftslager West" erhielt nun eine neue Funktion: als Außenlager des KZ Ravensbrück.
Am 5. September 1944 trafen die ersten Frauen aus Ravensbrück in Eberswalde ein. Zwei Wochen später (am 21. September) zählte das Außenlager bereits rund 730 Häftlinge.

Die Nutzung der vorhandenen Baracken wurde jetzt den neuen Erfordernissen angepasst. Zwei Zäune, von denen der innere unter Strom stand, begrenzten den Häftlingsbereich. Dies und die auf Türmen postierten Wachen machten Fluchtversuche praktisch unmöglich. Eine ehemalige Aufseherin gab zu Protokoll, dass ungefähr achtzehn Frauen als Aufseherinnen und acht bis zwölf Männer für „die Aussenkontrolle des Lagers" beschäftigt waren.

Der überwiegende Teil der Häftlinge in Eberswalde waren junge Frauen unter 21 Jahren. Die meisten von ihnen kamen aus Italien, Polen und der Sowjetunion. Weitere bekannte Herkunftsländer waren Dänemark, Frankreich, Griechenland, Jugoslawien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich und Ungarn. Es gab nur wenige deutsche Frauen. Alle Häftlinge trugen den „roten Winkel", der sie als politische Gefangene kennzeichnete.



Der Baubevollmächtigte
des
Reichsministeriums Speer
im Bezirk der Rüstungsinspektion III (Brdbg.)
IIB Rü 220 -4555-III

Berlin W 35, den 13.Sept.43
Potsdamer Str. 188/90
Sammel-Nr.: Für Ortsgespräche 27 74 01/27 71 21
Vorort- u. Ferngespräche 27 70 41

3422

Einschreiben.

An den
Herrn Reg.Präsidenten des
Reg.Bezirks Potsdam,

Potsdam,
Spandauer Strasse

Regierung Potsdam
20.9.45 11-12 V. 121474
STEMPELSTELLE I

Betr.Ortsfeste Massivbauweise - Lager Eberswalde -.

Auf Veranlassung der Rüstungskommission III des

Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam; Rep. 2A, I Hb, Nr. 1679

Bewaffnete SS-Frauen mit Hunden begleiteten die Kolonnen in die Ardeltwerke. Gearbeitet wurde montags bis sonnabends von 6 bis 18 Uhr. Nur am Sonntag hatten die Häftlinge in der Regel frei und blieben im Lager.

Ein Teil der Frauen war in einer rund drei Kilometer entfernten Waffenfabrik, die sich im ehemaligen Stadttheater von Eberswalde befand, mit der Herstellung von Maschinenpistolen beschäftigt. Häftlinge wurden auch beim Bau von Behelfsheimen sowie bei der Anlage von Panzer- und Schützengräben eingesetzt.

Verstöße gegen die Lagerordnung wurden mit drakonischen Strafen geahndet. Eine Häftlingsfrau erinnerte sich:
„Die Russinnen und Polinnen wurden oft bei der Suche nach Kartoffeln und Rüben im Keller erwischt oder verraten [...]. Sie mussten dann bei strenger Kälte und wenig bekleidet am Zaun stehen, bekamen 15–20 Stockschläge und erst am nächsten Tag etwas zu essen.
Wir Deutschen wurden von der SS oft aufgefordert, uns mit

Luftbild vom 15. April 1945
(Landesvermessungsamt Brandenburg,
Landesluftbildarchiv)

1 Außenlager des KZ Ravensbrück
(ursprünglich Gemeinschaftslager West)
2 Deutsches Lager
3 Drehnitzlager
4 Bahnhof Eisenspalterei
5 Ardeltwerke
6 Firma Hoffmann & Motz (Eisenspalterei)

Die unter Denkmalschutz stehenden Baracken des KZ Ravensbrück (Fotos: Stefan Lüdecke)

den Ausländerinnen zu schlagen. Das verweigerten wir und hießen nun ‚Feiglinge'." Gefürchtet war auch der Arrest im „Bunker", einem teilweise mit Wasser gefüllten Keller.

Im April 1945 endete die Geschichte des Außenlagers Eberswalde. Noch am 10. April verzeichnete eine Statistik 821 Häftlinge. Angesichts der herannahenden Roten Armee wurden die Häftlinge wenig später mit Lastkraftwagen – ungefähr 25 Kranke schon vorher mit der Bahn – zurück nach Ravensbrück transportiert.

Nur rund zwei Kilometer vom Außenlager Eberswalde entfernt existierte 1944/45 in Finow (heute Stadtteil von Eberswalde) ein weiteres Außenlager des KZ Ravensbrück. Schon 1934/35 war die Finower Industrie GmbH, eine speziell für die Kriegsproduktion gegründete Tochtergesellschaft der Finow Kupfer- und Messingwerke AG (FKM), am Hohenzollernkanal angesiedelt worden. Die Fabrik stellte Gewehrpatronen und Flakmunition her. Pulvermagazin und Schießstand ergänzten die Werkhallen. Die versteckte Lage im Wald brachte dem Ort in der Bevölkerung den trügerischen Namen „Waldeslust" ein.

Für die Finower Industrie GmbH entstand 1942/43 zwischen dem Fabrikgelände und der südlich davon verlaufenden Werkbahn ein Wohnlager. In diesem Bereich richtete das KZ Ravensbrück 1944 das Außenlager Finow ein. Zuvor hatten die FKM zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs in der Munitionsfertigung die Zuweisung von 200 Häftlingen beantragt. Im Sommer 1944 erfolgte der erste Transport von Ravensbrück nach Finow.

Zunächst teilten sich ungefähr 100 bis 200 Frauen zwei „Blökke". Die erste Baracke („russischer Block") war in zwei Stuben unterteilt, von denen die eine mit Ukrainerinnen und die andere überwiegend mit Polinnen belegt war. In der zweiten Barakke („polnischer Block") bewohnten Polinnen alle vier Stuben. Zwei parallele Zäune, der innere elektrisch geladen, begrenzten das Lagergelände.

Im Hinblick auf einen erwarteten – und dann auch durchgeführten – Transport von Häftlingen aus dem KZ Auschwitz erfolgte im Winter 1944 eine Erweiterung des Außenlagers Finow um drei nahe liegende Baracken, die bis dahin von „freien" Russinnen bewohnt waren.

Der Arbeitstag der Häftlinge dauerte zwölf Stunden – von 6 bis 18 Uhr. *„Als schwerste galt die Arbeit an den Hülsen- und Geschoss-Sortiermaschinen, weil man dort die ganze Zeit stehen musste und außerdem die dort bei der Bedienung der Maschinen beschäftigten Häftlinge auch Nachtschichten leisten mussten"*, berichtete ein ehemaliger Häftling. *„Auch in der sogenannten ‚Lackiererei', wo [...] infolge der bei dem Anwärmen der lackierten Hülsen entstandenen Ausdünstungen die Arbeit besonders unangenehm und gesundheitsschädlich war, wurde in zwei Schichten gearbeitet."* Zu den leichteren Arbeiten zählte die Qualitätskontrolle der Geschosse.

Am 20. November 1944 waren unter den 2012 Arbeitern der Finower Industrie GmbH schon 416 KZ-Häftlinge. Ihre Zahl erhöhte sich bis zum 11. Dezember 1944 auf 564 und weiter auf 674 am 8. Januar 1945, während der Betrieb insgesamt 1999 beziehungsweise 2245 Arbeiter beschäftigte. Neben Bürgerinnen Polens und der Sowjetunion waren Belgierinnen, Deutsche, Französinnen, Jugoslawinnen, Niederländerinnen und Ungarinnen unter den Häftlingen. Auch deutsche Zivilarbeiterinnen waren in der Fabrik tätig.
Auf Ungehorsam und Fluchtversuche reagierte das SS-Personal mit Schlägen, Dunkelarrest, Essensentzug und anderen brutalen Strafen. Ein Teil der betroffenen Häftlinge wurde danach in das Stammlager Ravensbrück zurückgeschickt.
„Ganz plötzlich änderte sich das Benehmen der SS", erinnerte sich eine Häftlingsfrau. *„Man schlug uns nicht mehr im Hof wahllos, sondern wir wurden einzeln in den sogenannten Appellsaal gebracht und dort geschlagen. Der Grund der Änderung wurde uns bald klar. Um den Zaun versammelten sich freie Ostarbeiter, Polen und deutsche Zivilisten und murrten vernehmlich, wenn die SS ihre sadistischen Orgien an uns feiern wollten."*

Im grausamen Alltag erleichterte jedes Zeichen von Solidarität das Überleben im Lager. Überliefert ist beispielsweise der Kontakt einer Häftlingsfrau mit einer tschechischen Fabrikarbeiterin, die aktuelle Frontnachrichten lieferte und Korrespondenz mit den Kindern der Gefangenen unter ihrem Namen abschickte und ankommen ließ. Bekannt sind auch zwei zum Dienst in der SS verpflichtete Mitglieder des Lagerpersonals, Johannes Gebhardt und Elfriede Reimer, die Häftlinge unterstützten und sich so selbst in Gefahr brachten.
Kurz vor Kriegsende erging der Befehl, *"dass im Falle eines feindlichen Panzerdurchbruches oder einer Luftlandung sämtliche Häftlinge, gleich welcher Nation, in das Pulvermagazin [...] zu bringen sind und das Pulvermagazin in die Luft zu sprengen sei."*
Dazu kam es jedoch nicht mehr. Anfang März 1945 unterbrach die Finower Industrie GmbH die Produktion wegen Rohstoffmangels, ungefähr 300 Häftlinge wurden mit Lastkraftwagen nach Ravensbrück zurückgebracht. Laut einer Gefangenen-Stärkemeldung vom 10. April 1945 befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch 306 Häftlinge im Lager. Im selben Monat wurden auch die im Außenlager Finow verbliebenen Häftlinge auf Lastkraftwagen zurück nach Ravensbrück evakuiert.

Vom 9.–13. März 1999 besuchten vier Frauen aus Polen, ehemalige Häftlinge der KZ-Außenlager, auf Einladung des Bürgermeisters der Stadt Eberswalde und der Barnimer Bürgerpost e.V. die Stätten ihrer Leiden. Sie konnten einiges zur Klärung offener Fragen der Forschungs- und Gedenkstätte Eisenspalterei beitragen. Sie wollten mit ihrem Besuch auch dazu beitragen, bei jungen Eberswaldern die Erinnerung an die schrecklichen Zeiten wachzuhalten, *damit so etwas nie wieder geschieht.*
Für sie wird es kein Ende der quälenden Erinnerungen geben.

links: Besuch ehemaliger polnischer Zwangsarbeiterinnen, 2008
(Foto:Thomas Burckhardt)

rechts: open space „Light me Amadeu", 6.12.2006
(Foto: Sanna Miericke)

GESCHICHTE ERLEBEN

Im Juni 2008 sind die beiden Baracken eines ehemaligen KZ-Außenlagers an der Eisenspalterei in den Besitz des Jugend- und Kulturvereins EXIL e.V. übergegangen.
Die Stadt Eberswalde hatte sich dafür bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben erfolgreich eingesetzt.
Im Rahmen einer EU Förderung zur „Erhaltung von Stätten der nationalsozialistischen Konzentrationslager als historische Gedenkstätten" konnte schon im Jahr 2003 eine Nutzungs- und Erhaltungskonzeption erarbeitet werden. Es wurde ein Bauantrag eingereicht und Rechtssicherheit für die aktuelle Nutzung geschaffen.

Die Nutzer/innen haben sich den Ort vor über zehn Jahren als Treffpunkt erschlossen und nennen diesen EXIL.
Sie nutzen ihn als Veranstaltungsort, wobei sie sich der Vergangenheit der Gebäude sehr wohl bewusst sind und verantwortungsvoll handeln.
Mit der Durchführung von thematisch an die lokale Geschichte angelehnte Ausstellungen, interessierte der EXIL e.V. besonders jugendliche Eberswalder, und mit jeder Ausstellung wuchs der Kreis der Unterstützer/innen.
Bisher waren die Ausstellungen „Das, was man Leben nannte" über den Alltag im Frauen-KZ Ravensbrück, „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben" über die Jugend-KZ Mohringen und Uckermark und die Ausstellung „Und dann mussten wir raus", die an Flucht und Vertreibung von Polen und Deutschen in der Zeit von 1939 – 1949 erinnert, zu sehen.

Ewa Czerwiakowska und Ruth Hennig von der Deutsch-Polnischen-Gesellschaft (DPG) Brandenburg sind solche Unterstützerinnen, die über gemeinsame Themen ins EXIL gefunden und die wertvolle Impulse für die Arbeit vor Ort gegeben haben.
Ewa Czerwiakowska hat am Buch „Ich sah den Namen Bosch" über polnische Frauen als KZ-Häftlinge in der Dreilinden Maschinenbau GmbH mitgearbeitet. Das zum Betrieb gehörende KZ Kleinmachnow war, wie das KZ an der Eisenspalterei in Eberswalde, eines von etwa 170 KZ-Außenlagern in Berlin und Umgebung.
Die meisten der Frauen, die nach Kleinmachnow wie nach Eberswalde kamen, wurden deportiert, während die deutsche

Foto: Torsten Stapel

Wehrmacht und SS-Truppen den Aufstand der polnischen Heimatarmee in Warschau niederschlugen.
Die DPG Brandenburg bezog die erste Auflage der hier vorliegenden Broschüre in ihr Projekt „Spurensuche - alte, neue, fremde Heimat in der deutsch-polnischen Grenzregion" (2005 – 2008) ein.
Im Frühjahr 2008 kam es im Projekt zu zwei Treffen von Menschen aus dem Barnim und der Wojewodschaft Lebuser Land, die sich gegenseitig informierten, wie sie nach Spuren jüdischen Lebens in ihrer Region forschen. Die Gruppe kam auch ins EXIL und insbesondere mit den beteiligten jungen Polen entspannte sich ein intensives Gespräch über Möglichkeiten der Beschäftigung mit der belasteten Geschichte.

Ein authentischer Ort - wie die ehemaligen KZ-Baracken an der Eisenspalterei - kann ins Bewusstsein rücken, dass das Terrorregime des Nationalsozialismus überall in Deutschland wahrnehmbar war.
Erfassbar werden die Verbrechen nicht durch eine eventuelle teilweise Rekonstruktion des Lagers. Die Erinnerungen der polnischen Frauen dagegen, die einst zu den Zwangsarbeiterinnen der Firma Ardelt gehörten, machen diesen absichtlich verschütteten Teil deutscher Geschichte wieder lebendig. Konzerne und kleinere Arbeitgeber wurden nicht vom Staat gezwungen, KZ-Häftlinge und andere „Fremdarbeiter" zu beschäftigen, und die Ausbeutung Europas kam den Deutschen insgesamt zugute.

Wenn nun mit dem Bürgermeister von Eberswalde das Aufstellen eines Gedenksteines verabredet ist, dann kann dieser Stein nur Ergebnis einer öffentlichen Beschäftigung mit der lokalen Geschichte der Verbrechen des Nationalsozialismus und dem Umgang mit diesen Verbrechen von 1945 bis heute sein.

Ein „Stein" (über)steht dann die nächsten einhundert Jahre und ist Ausdruck, wie die Eberswalder/innen in der Zeit seiner Errichtung mit ihrer Geschichte umgingen.

Eine Gedenktafel, die an einer der beiden Baracken angebracht war, wurde mehrfach zerstört, zuletzt durch Steinwürfe verbunden mit dem Verkleben von Zetteln mit rechtsextremen Parolen. Rechtsextreme machten sich im Jahr 2008 im Barnim bemerkbar breit. Teil rechtsextremer Ideologie ist ein positiver Bezug auf den Nationalsozialismus, verknüpft mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.
Im EXIL wird die Kenntnis historischen Unrechts von einem aktiven Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus begleitet, das verbunden ist mit dem Eintreten für Demokratie und Menschenrechte.
Der Jugend- und Kulturverein EXIL e.V. gehört auch zu den Unterstützer/innen der Barnimer Kampagne „Light me Amadeu", die für eine Verbesserung der Lebenssituation von Asylbewerber/innen durch die Abschaffung von Sonderregelungen wie Gutscheinsystem und Residenzpflicht eintritt.

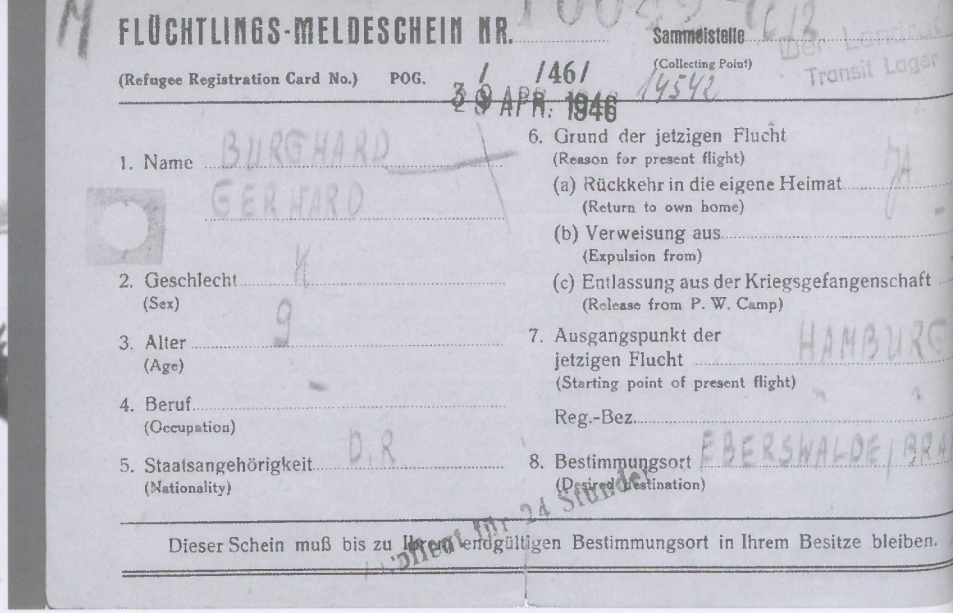
Weitere Informationen zum Jugend- und Kulturverein gibt es unter www.exil-eberswalde.de.

ZUWANDERUNG NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

FLÜCHTLINGE, VERTRIEBENE UND UMSIEDLER

Das Ende des Zweiten Weltkrieges führte zu Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung von 15 Millionen Menschen und ist damit eine der größten Massenzwangswanderungen der europäischen Geschichte.
Ab Sommer 1944 erreichte die sowjetischen Offensive die deutsche Grenze und ein großer Teil der Bevölkerung musste fliehen. Nach dem Waffenstillstand setzte wieder eine gegenläufige Wanderungsbewegung ein.
In den westlichen polnischen Gebieten und in der Tschechoslowakei begannen aber bald Zwangsausweisungen der Deutschen.
Die vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam tagenden Siegermächte übertrugen die Verwaltung der deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße dem polnischen Staat und beschlossen die organisierte Aussiedlung der deutschen Bevölkerung.
Zwischen 1945 und 1950 erreichten rund 12 Millionen Vertriebene das Gebiet des verkleinerten Nachkriegsdeutschlands, das zunächst in vier alliierte Besatzungszonen und dann in zwei deutsche Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen geteilt wurde.
In Brandenburg befanden sich 1946 rund 580 000 „Umsiedler", über ein Fünftel der Gesamtbevölkerung von rund 2,5 Millionen Menschen. Zu drei Vierteln stammten sie aus den östlich der Oder-Neiße gelegenen ehemaligen deutschen Gebieten, 16 % kamen aus verschiedenen ehemaligen osteuropäischen Staaten und 8,4 % waren Sudetendeutsche.
Zwischen Vertriebenen und einheimischer Bevölkerung kam es insbesondere in den ländlichen Gemeinden über längere Zeit zu Konflikten, die bei der älteren Generation den Wunsch nach Rückkehr in die alte Heimat wach hielten. Die Angleichung der Lebensverhältnisse beider Bevölkerungsgruppen wurde zu einem langwierigen Prozess.

Der Görlitzer Vertrag vom 6. Juli 1950 legte die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zwischen der damaligen DDR und der Volksrepublik Polen fest. In Ostdeutschland war das Thema „Vertreibung" ein Tabu, in Westdeutschland schlossen sich die Vertriebenen in Landsmannschaften zusammen.
Erst nach der Wende wurden auch im Osten Deutschlands die ersten Vertriebenenverbände gegründet mit dem Ziel der moralischen und materiellen Wiedergutmachung sowie der Versöhnung mit den östlichen Nachbarn. In Eberswalde konstituierte sich ein solcher am 19. Februar 1991. Am 12. Oktober 1995 erfolgte die Eintragung ins Vereinsregister unter dem Namen „BdV Kreisverband Eberswalde, Bad Freienwalde, Bernau e.V."
Am 24. Mai 2003 wurde auf seine Initiative im Landesgartenschaugelände ein Gedenkstein aufgestellt.



FLÜCHTLINGS-MELDESCHEIN NR. ..... Sammelstelle .....
(Refugee Registration Card No.) (Collecting Point)

POG. / 1461 / 29 APR. 1946 14542

1. Name BURGHARD GERHARD
2. Geschlecht (Sex) K
3. Alter (Age) 9
4. Beruf (Occupation)
5. Staatsangehörigkeit (Nationality) D.R

6. Grund der jetzigen Flucht (Reason for present flight)
(a) Rückkehr in die eigene Heimat (Return to own home) JA
(b) Verweisung aus (Expulsion from)
(c) Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft (Release from P. W. Camp)
7. Ausgangspunkt der jetzigen Flucht (Starting point of present flight) HAMBURG
Reg.-Bez.
8. Bestimmungsort (Desired Destination) EBERSWALDE/BRA

Dieser Schein muß bis zu Ihrem endgültigen Bestimmungsort in Ihrem Besitze bleiben.

EBERSWALDE 1945

Die ersten Flüchtlinge aus Ostpreußen und Schlesien trafen schon 1944 in Eberswalde ein. Sie wurden im Evangelischen Gemeindehaus in der Eisenbahnstraße, von der Nationalsozialistischen Wohlfahrt (NSV) und dem Bund Deutscher Mädchen (BDM) auf dem Bahnhof sowie in weiteren Notunterkünften betreut, bevor sie weiter gegen Westen zogen. Der Flüchtlingsstrom auf den Landstraßen wuchs ständig, bis kurz vor der Einnahme der Stadt durch die Rote Armee die Betreuung der Flüchtlinge zusammenbrach.

Am Abend des 24. April 1945 hatten sowjetische Einheiten Eberswalde bis zum Finowkanal besetzt. In der Nacht vom 25. zum 26. April kam es noch zu dem Bombenangriff, der die Eberswalder Innenstadt zu 35 % zerstörte.

Am 29. April ergab eine Bevölkerungszählung in der Stadt ca. 8000 Personen. Schon drei Tage später hatte sich die Zahl auf 15 000 erhöht. Täglich kamen mehr Rückkehrer und Flüchtlinge.

Die Flüchtlingsströme konzentrierten sich auf die noch erhalten gebliebenen Säle der Restaurants am Weidendamm („Neumanns Festsäle") und „Harmonie" in der Weinbergstraße (heute „Haus Schwärzetal"). Dort herrschte ein unbeschreibliches Chaos vor allem aufgrund des Ausfalls der Wasser- und Abwasserversorgung. Ruhr, Typhus, Ratten und Läuse begannen sich auszubreiten.

Im November 1946 berichtete der Antifaschistische Frauenausschuss an den Oberbürgermeister Dr. Göhre über ein weiteres Lager in den Ardeltwerken:

„In dem Lager befinden sich 99 Männer und 34 Familien mit 29, zum Teil schulpflichtigen Kindern. Die Leute kommen als Flüchtlinge von der Gegend Stettin her.
In dem Lager herrschen furchtbare hygienische Zustände ...
Alles starrt vor Schmutz und zum Teil auch vor Ungeziefer ...
Die Kinder des Lagers gehen in die Westendschule und es besteht die Gefahr, dass die Krankheiten und Läuse sich evtl. auf die anderen Schulkinder übertragen."

von links:

Menschen auf der Flucht

Flüchtlings-Meldeschein

Ecke Ratzeburg-/Goethestraße (Foto: Mächler/Krummnow)

zerstörte Neue Kreuzstraße (heute Friedrich-Ebert-Straße)

Nach selbstlosem Einsatz von Eberswaldern bei der Instandsetzung der Energie- und Wasserversorgung in der Stadt konnte ein geeigneteres Flüchtlingslager in der ehemaligen „Reichsfeuerwehrschule" in der Rudolf-Breitscheid-Straße eingerichtet werden. Dort trugen eine Arztstation mit Krankenzimmer, Kinderbetreuungsstation, Schulstube und ein Büro zur Betreuung der Flüchtlinge wesentlich zur Verbesserung ihrer Situation bei.

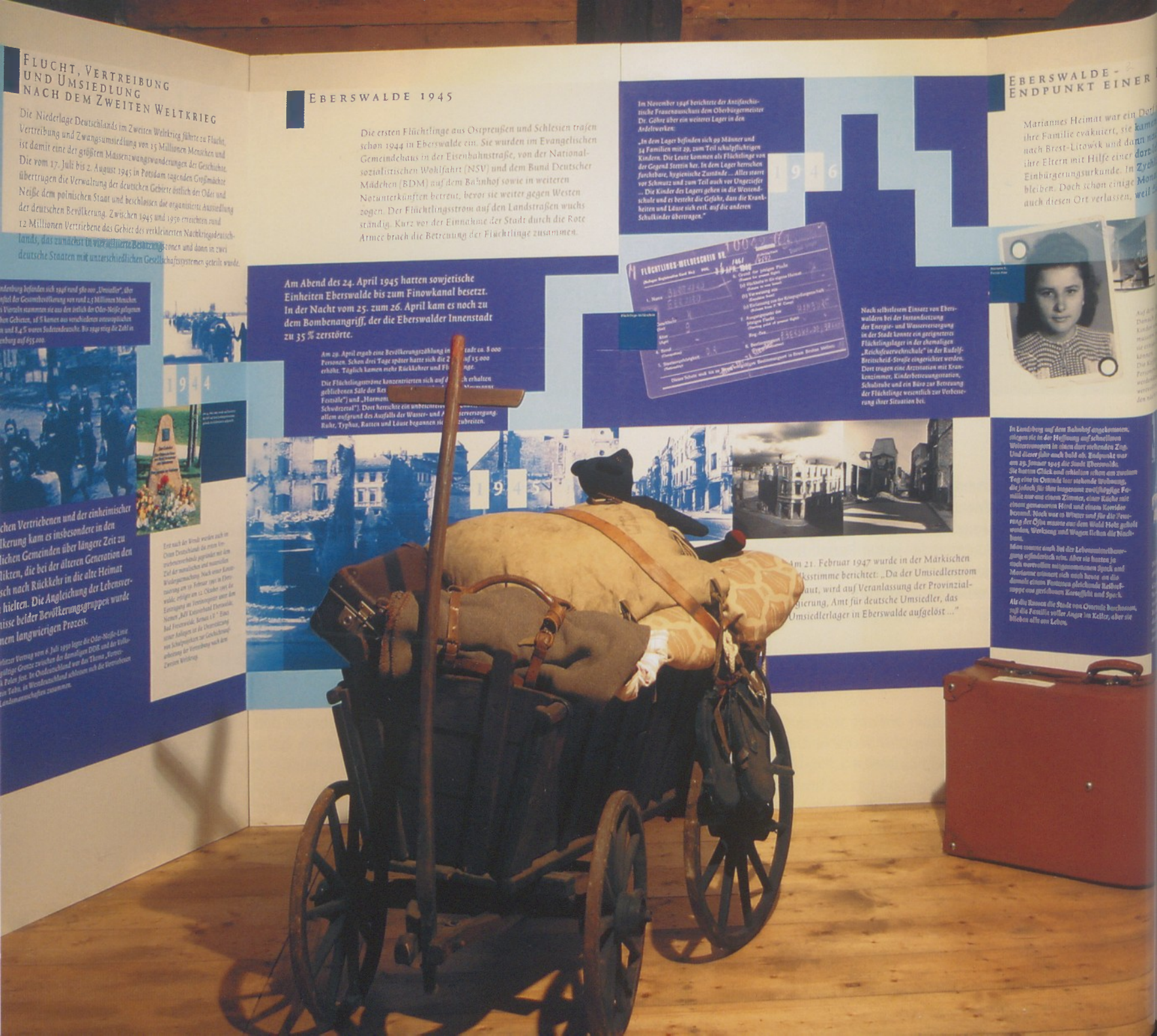
Am 21. Februar 1947 wurde in der Märkischen Volksstimme berichtet:
„Da der Umsiedlerstrom abflaut, wird auf Veranlassung der Provinzialregierung, Amt für deutsche Umsiedler, das Umsiedlerlager in Eberswalde aufgelöst ..."

EBERSWALDE - ENDPUNKT EINER FLUCHT

Mariannes Heimat war ein Dorf in Wolhynien. Im Januar 1944 wurde die Familie evakuiert und kam zunächst in ein Flüchtlingslager nach Brest-Litowsk und dann nach Königsberg. Hier besorgten sich ihre Eltern mit Hilfe einer dort lebenden Verwandten eine deutsche Einbürgerungsurkunde. In Zychlin, nicht weit von Warschau, wollten sie bleiben. Doch schon einige Monate später, im Januar 1945 mussten sie auch diesen Ort verlassen, weil die russische Front immer näher rückte.

Marianne war 17 Jahre alt und beschrieb jetzt den letzten Fluchtweg von dort bis Eberswalde. Über die vorherigen schweren Zeiten möchte sie nicht sprechen, die Erinnerungen sind zu furchtbar.

Mit ihren Eltern, der Vater war damals schon krank und ging an zwei Krücken, ihren zwei Brüdern (14 und 3 Jahre), der Großmutter und einer Tante mit fünf kleinen Kindern, das kleinste war noch ein Baby, wurden sie zunächst bis Wronke gebracht. Auf dem dortigen Gut blieben sie nur eine Nacht.



Flucht, Vertreibung und Umsiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg führte zu Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung von 15 Millionen Menschen und ist damit eine der größten Massenzwangswanderungen der Geschichte. Die vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam tagenden Großmächte übertrugen die Verwaltung der deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße dem polnischen Staat und beschlossen die organisierte Aussiedlung der deutschen Bevölkerung. Zwischen 1945 und 1950 erreichten rund 12 Millionen Vertriebene das Gebiet des verkleinerten Nachkriegsdeutschlands, das zunächst in vier alliierte Besatzungszonen und dann in zwei deutsche Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen geteilt wurde.

Eberswalde 1945

Die ersten Flüchtlinge aus Ostpreußen und Schlesien trafen schon 1944 in Eberswalde ein. Sie wurden im Evangelischen Gemeindehaus in der Eisenbahnstraße, von der Nationalsozialistischen Wohlfahrt (NSV) und dem Bund Deutscher Mädchen (BDM) auf dem Bahnhof sowie in weiteren Notunterkünften betreut, bevor sie weiter gegen Westen zogen. Der Flüchtlingsstrom auf den Landstraßen wuchs ständig. Kurz vor der Einnahme der Stadt durch die Rote Armee brach die Betreuung der Flüchtlinge zusammen.

Am Abend des 24. April 1945 hatten sowjetische Einheiten Eberswalde bis zum Finowkanal besetzt. In der Nacht vom 25. zum 26. April kam es noch zu dem Bombenangriff, der die Eberswalder Innenstadt zu 35 % zerstörte.

Am 29. April ergab eine Bevölkerungszählung in [illegible]stadt ca. 8 000 Personen. Schon drei Tage später hatte sich die Z[illegible]auf 15 000 erhöht. Täglich kamen mehr Rückkehrer und Fl[illegible]nge.

Die Flüchtlingsströme konzentrierten sich auf d[illegible]ch erhalten gebliebenen Säle der Re[illegible] Festsäle") und „Harmon[illegible] Schwedzeral"). Dort herrschte ein unbeschrei[illegible] allem aufgrund des Ausfalls der Wasser- und A[illegible]erversorgung. Ruhr, Typhus, Ratten und Läuse begannen sich auszubreiten.

Im November 1946 berichtete der Antifaschistische Frauenausschuss dem Oberbürgermeister Dr. Göhre über ein weiteres Lager in den Ardeltwerken:

„In dem Lager befinden sich 99 Männer und 34 Familien mit 29, zum Teil schulpflichtigen Kindern. Die Leute kommen als Flüchtlinge von der Gegend Stettin her. In dem Lager herrschen furchtbare, hygienische Zustände ... Alles starrt vor Schmutz und zum Teil auch vor Ungeziefer ... Die Kinder des Lagers gehen in die Wotandschule und es besteht die Gefahr, dass die Krankheiten und Läuse sich evtl. auf die anderen Schulkinder übertragen."

1946

Nach selbstlosem Einsatz von Eberswaldern bei der Instandsetzung der Energie- und Wasserversorgung in der Stadt konnte ein geeigneteres Flüchtlingslager in der ehemaligen „Reichsfeuerwehrschule" in der Rudolf-Breitscheid-Straße eingerichtet werden. Dort trugen eine Arztstation mit Krankenzimmer, Kinderbetreuungsstation, Schulstube und ein Büro zur Betreuung der Flüchtlinge wesentlich zur Verbesserung ihrer Situation bei.

1945

Am 21. Februar 1947 wurde in der Märkischen [illegible]sstimme berichtet: „Da der Umsiedlerstrom [illegible]aut, wird auf Veranlassung der Provinzial-[illegible]ierung, Amt für deutsche Umsiedler, das [illegible]Umsiedlerlager in Eberswalde aufgelöst ..."

Eberswalde – Endpunkt einer

Marianne's Heimat war ein Dorf[illegible] ihre Familie evakuiert, sie kam[illegible] nach Brest-Litowsk und dann n[illegible] ihre Eltern mit Hilfe einer dort[illegible] Einbürgerungsurkunde. In Zyb[illegible] bleiben. Doch schon einige Mon[illegible] auch diesen Ort verlassen, weil [illegible]

In Landsberg auf dem Bahnhof angekommen, stiegen sie in der Hoffnung auf schnellen Weiterverkehr in einen dort stehenden Zug. Und dieser fuhr auch bald ab. Endpunkt war am 23. Januar 1945 die Stadt Eberswalde. Sie hatten Glück und erhielten schon am zweiten Tag eine in Ostende fest stehende Wohnung, die jedoch für ihre insgesamt zweiköpfige Familie nur aus einem Zimmer, einer Küche mit einem gemeinsamen Herd und einem Korridor bestand. Noch war es Winter und für die Feuerung der Öfen mussten aus dem Wald Äste geholt werden. Werkzeug und Wagen fehlten die Möglichkeiten.

Man musste auch bei der Lebensmittelbeschaffung erfinderisch sein. Aber sie hatten ja auch wertvolles mitgenommen. Speck und Marianne erinnert sich noch heute an die damals einem Festessen gleichende Kartoffelsuppe aus geräuchertem Kassespeck und Speck.

Als die Russen die Stadt von Osten her [illegible]rschossen, [illegible]uf die Familie [illegible]voller Angst im Keller, aber sie [illegible]blieben alle am Leben.

[illegible]chen Vertriebenen und der einheimischer [illegible]lkerung kam es insbesondere in den [illegible]lichen Gemeinden über längere Zeit zu [illegible]likten, die bei der älteren Generation den [illegible]sch nach Rückkehr in die alte Heimat [illegible]hielten. Die Angleichung der Lebensver-[illegible]nisse beider Bevölkerungsgruppen wurde [illegible]nem langwierigen Prozess.

[illegible]fizzer Vertrag vom 6. Juli 1950 legte die Oder-Neiße-Linie [illegible]gültige Grenze zwischen der damaligen DDR und der Volks-[illegible]republik Polen fest. In Ostdeutschland war das Thema „Vertrei-[illegible]ung" Tabu. In Westdeutschland schlossen sich die Vertriebenen [illegible]Landsmannschaften zusammen.

Danach ging es weiter per Leiterwagen, auf dem die Kinder und der kranke Vater Platz fanden. Alle andern mussten zu Fuß nebenher gehen. Zum Glück hatten sie einige Lebensmittel und auch Betten mitnehmen können. Die Koffer und Kisten verbreiterten für die vielen Personen die Grundfläche des nach oben breiter werdenden Leiterwagens. Die meisten dieser in den nächsten Monaten für sie lebensnotwendigen Dinge konnten sie retten.
In Landsberg auf dem Bahnhof angekommen, stiegen sie, in der Hoffnung auf schnelleren Weitertransport, in einen dort stehenden Zug. Und dieser fuhr auch bald ab. Endpunkt war am 25. Januar 1945 die Stadt Eberswalde.

Sie hatten Glück und erhielten schon am zweiten Tag eine in Ostende leer stehende Wohnung, die jedoch für ihre insgesamt zwölfköpfige Familie nur aus einem Zimmer, einer Küche mit einem gemauerten Herd und einem Korridor bestand.

Noch war es Winter und für die Feuerung der Öfen musste aus dem Wald Holz geholt werden, Werkzeug und Wagen liehen die Nachbarn.

Man musste auch bei der Lebensmittelbesorgung erfinderisch sein. Aber sie hatten ja noch wertvollen mitgenommenen Speck und Marianne erinnert sich noch heute an die damals einem Festessen gleichende Reibselsuppe aus geriebenen Kartoffeln und Speck.

Als die Russen die Stadt von Ostende beschossen, saß die Familie voller Angst im Keller, aber sie blieben alle am Leben.

Nachdem Eberswalde durch den Bombenangriff zerstört war, ging auch Marianne „Steine klopfen". Gegen den Hunger verteilten die Russen oft Grütze und Borscht, erinnert sie sich.
In der allgemeinen Notlage äußerte sich aber ihnen gegenüber die Eberswalder einheimische Bevölkerung öfters: *Warum seid ihr hergekommen, ihr hättet doch dort bleiben können!*

Bekanntmachung

Am 7. Mai 1945 unterzeichneten in Reims die Vertreter des deutschen Oberkommandos die Kapitulation aller deutschen Streitkräfte an der Ost- und Westfront.
Die Urkunde über bedingungslose Kapitulation tritt mit dem 8. Mai 1945, 23 Uhr (MEZ), in Kraft.

Das Kommando der 1. Bjelorussischen Front der Roten Armee

SOWJETISCHE TRUPPEN IN EBERSWALDE

Die russischen Truppen waren über fast 50 Jahre ein wesentlicher Bestandteil der ostdeutschen Geschichte. In diesem Zeitraum lebten in Eberswalde, jeweils für 2–3 Jahre, ca. 10 000 Armeeangehörige sowie ca. 5000 Zivilbeschäftigte und Familienangehörige, die dem hier stationierten Stab der 20. Armee unterstanden.

Ihre Präsenz wurde für die Eberswalder zur Selbstverständlichkeit, aber das Ausräumen der historisch bedingten, ideologischen Vorurteile brauchte auf beiden Seiten lange Zeit.

Zu einer Annäherung zwischen Deutschen und Armeeangehörigen kam es vor der Wende nur in staatlicherseits verordneten und damit erlaubten Fällen, erst danach begann sich gegenseitiges Wissen und Verständnis offener zu entwickeln.

DIE SOWJETISCHE BESATZUNG IM NACHKRIEGS-DEUTSCHLAND

Nach der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands rückten die Truppen der Alliierten in die Gebiete vor, die bereits vor Beendigung des Zweiten Weltkrieges als Besatzungszonen deklariert worden waren. Für die 1. Belorussische Front, die auch in unserem Gebiet stand, wurde am 29. Mai 1945 die Umbenennung in „Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland" (GSBT) angeordnet.
Die Strukturen und Aufgaben der Besatzungsverwaltung regelte ab 6. Juni 1945 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD). Der Oberkommandierende der Besatzungstruppen war auch oberster Chef der SMAD.

Eberswalde wurde zu einem größeren Garnisonsort mit unterschiedlichsten Truppenteilen, der aber für die sowjetische Militärverwaltung in der Provinz Brandenburg keine bedeutende Rolle spielte.
Wie überall nutzten die sowjetischen Truppen auch hier die moderne Infrastruktur der deutschen Wehrmacht. Die Stadt

von links:

Bekanntmachung über die bedingungslose Kapitulation der deutschen Streitkräfte

Sowjetische Gräber (im Vordergrund) auf dem Marktplatz, bis 1948

Sowjetischer Friedhof an der Freienwalder Straße, Grundsteinlegung am 11.09.1948

Erneuertes Ehrenmal, eingeweiht am 08.05.1985

war von solchen zur Verfügung stehenden Standorten wie Kasernen, Übungsplätzen, Depots, Bunkern und einem Flugplatz umgeben. Weiterhin wurde das Terrain ehemaliger Verwaltungen, aber auch Wohnkomplexe wie z.B. Einfamilienhäuser in der „Fliegersiedlung" für Militärverwaltung und Wohnungen beschlagnahmt. Für Deutsche waren diese Objekte von da an unzugänglich.
In den Folgejahren wurden weitere Liegenschaften zur Ausweitung der Übungsplätze und militärischen Anlagen sowie zur Errichtung von Wohnhäusern für die Familien beansprucht. Besondere Bedeutung kam den Kommandanturen zu. Die sowjetische Stadtkreis-Kommandantur in Eberswalde belegte das Gebäude der ehemaligen MEW-Verwaltung am Kleinbahnhof.

Am 29. April 1945 fand im Rathaus die erste Einwohnerversammlung unter Teilnahme des Stadtkommandanten Oberstleutnant Gorbunow und unter Leitung des von ihm eingesetzten Oberbürgermeisters Kremzow statt. Es wurde protokolliert: *„Der Herr Kommandant erklärt, daß ihm das Wohlergehen unserer Einwohner sehr am Herzen liegt. Besondere Sorgfalt schenkt er der Ernährungsfrage ...*

Weitere Aufgaben der GSBT waren die Entmilitarisierung (z.B. die Zerstörung von Wehrmachtsgut und militärischen Anlagen) sowie die Demontage (z.B. von ehemaligen Rüstungsbetrieben, in Eberswalde u.a. der „Ardelt-Werke" und der „Finow, Kupfer- und Messingwerke AG"), aber auch das Aufspüren von Kriegsbeute und Restitutionen in Form von Kunst- und Kulturgütern (z.B. des bei Kriegsende im damaligen Staatlichen Museum für Vor- und Frühgeschichte Berlin lagernden Eberswalder Goldfundes).

Auf der einen Seite stand der teilweise selbstlose Einsatz bei der Regelung aller lebensnotwendigen Fragen für die deutsche Bevölkerung. Andererseits wurden aber auch die unter den Zwängen kommunistischer Ideologie erfolgten Maßnahmen rigoros durchgesetzt, wie z.B. die Einrichtung der Internierungslager in der SBZ. Ebenso gab es auch Plünderung, Vergewaltigung und Mord durch einzelne Armeeangehörige, beruhend auf der russischen Propaganda, die auf Hass und Vernichtung des Feindes gerichtet war.

Dorofejew-Ensemble

„BEFREIER - FREUNDE - KAMPFGEFÄHRTEN“

Diesen Slogan propagierte einerseits die Führung der DDR, aber ebenso entsprach er im Laufe der Jahre auch dem Empfinden von einem Teil der Bevölkerung. Von den sowjetischen Truppen wurden ebenso Bezeugungen der Dankbarkeit durch die deutsche Bevölkerung für die Befreiung vom Faschismus erwartet. So wurden in den 60er und 70er Jahren verdiente Offiziere zu Ehrenbürgern von Eberswalde ernannt:
Oberst Victor Wassiljewitsch Lisitzki am 25. April 1969, Gardegeneralmajor Wassili Aleksandrowitsch Makarzew am 23. April 1975, Stellvertreter des Militärkommandanten der Stadt Eberswalde, Nikifor Afanassjew Scheweljew im Jahre 1976 und der spätere Journalist P.S. Segejenko im Jahre 1976.

Für die um Eberswalde gefallenen Soldaten der Roten Armee wurden Gedenkstätten eingerichtet, wo zu allen Gedenk- und Feiertagen Kranzniederlegungen gemeinsam von russischer und deutscher Seite stattfanden. Sowjetische Bürger wurden auf dem Friedhof in Westend beigesetzt.

Regelmäßig berichteten die regionalen Medien über die staatlicherseits verordneten freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion. Aber noch heute erinnern sich Zeitzeugen gerne an ihre freundschaftlichen Kontakte mit russischen Armeeangehörigen sowie Privatpersonen, die oft bis in die Gegenwart andauern. Initiator dieser Aktivitäten war u.a. die am 1. Juli 1947 gegründete Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, später in Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische-Freundschaft (DSF) umbenannt. Deren Kreisorganisation konstituierte sich am 21. Dezember 1951 in Eberswalde und fand ihren Sitz in der Puschkinstraße im „Haus der DSF“.
Hier, sowie im „Haus der Offiziere“ an der Bernauer Heerstraße, fanden die offiziellen und die zur Routine gewordenen Begegnungen an politischen Feiertagen statt. Gegenseitige Beteuerungen der Freundschaft erfolgten auch bei Aufmärschen zu Staatsfeiertagen auf dem Vorplatz des 1973 zu Ehren des 30. Jahrestages der ehemaligen 4. Garde-Panzerarmee entstandenen „Garde-Ruhmesmuseums der Sowjetarmee Eberswalde“.

Die Masse der Armeeangehörigen lebte aber ein Leben neben der deutschen Öffentlichkeit. Die zumeist sehr jungen, verschie-

denen Nationalitäten angehörenden Wehrpflichtigen erwartete in Deutschland ein dreijähriger, später zweijähriger harter militärischer Dienst bei absoluter Unterordnung unter die Willkür ihrer Vorgesetzten. Sie konnten sich den spartanischen Lebensverhältnissen in den großen Schlafsälen der Kasernen, ohne Urlaubsanspruch und nur brieflichen Kontakten mit ihrer Heimat schwer anpassen.
Die seltenen Ausgänge in Gruppe unter Führung eines Offiziers mit Besichtigung von Sehenswürdigkeiten vertrieben nur kurzzeitig die Tristess des Kasernenlebens. So kam es zu Konflikten z.B. zwischen Wehrpflichtigen und Vorgesetzten oder zwischen den Angehörigen verschiedener Nationalitäten bis hin zu Selbstmorden.
Diese Vorkommnisse sowie Fahnenfluchten unter Mitnahme von Schusswaffen, schwere Verkehrsunfälle infolge nicht beherrschter oder technisch unzulänglicher Militärtechnik, Einbrüche u.a. wurden der deutschen Bevölkerung verschwiegen.
Die auf zwei bis drei Jahre hier lebenden Berufssoldaten und die Zivilangestellten befanden sich dagegen in einer besseren Situation. Für sie waren Wohnungen in der Stadt geräumt worden, wie z.B. in Westend in der Thälmannstraße (heute Heegermühler Straße) und Marienwerderstraße, in der Ebersberger Straße, in der Carl-von-Ossietzky-Straße und später auch im Reimann-Viertel (heute Brandenburgisches Viertel). Ebenso entstanden Neubaublöcke in der Nähe der Kasernen.

Die aus verschiedenen Regionen der Sowjetunion kommenden Familien sahen ihren „Wohnort auf Zeit" oft als zweite Heimat an. Ihr „Leben aus dem Koffer" und die Wohnkultur ihrer eigentlichen Heimat widersprachen meist den Gewohnheiten der einheimischen Bevölkerung und provozierten deren Vorurteile. Trotzdem kauften auch die Eberswalder gern in den sog. „Russenmagazinen" die dort zu festgesetzten Zeiten angebotenen raren Konsumgüter ein. Im Gegenzug hatten die sowjetischen gegenüber den Eberswalder berufstätigen Frauen den Vorteil, begehrte Waren schon tagsüber in den Geschäften der Stadt zu „hamstern". Um sich davon mehr leisten zu können und zur Aufbesserung der finanziellen Situation ihrer Familien, übernahmen sie auch Reinigungsarbeiten, z.B. in Schulen oder im Krankenhaus. Schließlich traf man sich im Cafe „Drushba", um Spezialitäten der russischen Küche, wie z.B. Pelmeni auszuprobieren.

von links:

Wladimir Wyssozki

„Tag der offenen Tür" auf dem Flugplatz Finow, 1992

Obwohl eine Kontaktaufnahme der russischen Familien mit den deutschen Nachbarn besonders in den ersten Jahren nicht erwünscht oder sogar strikt verboten war, hielten sich Kinder sicher am wenigsten daran.
Am 2. Januar 1947 kam neunjährig der später in der Sowjetunion zur Legende gewordene Schauspieler und Liedermacher Wladimir Wyssozki nach Eberswalde. Sein Vater Semjon war hier als Major stationiert und lebte mit seiner zweiten Frau Eugenia nach derzeitigen Recherchen in der Marienwerder Straße. Der Vater schilderte später in einem Fernsehinterview, dass sein Sohn auch mit deutschen Kindern oft im Finowkanal gebadet hat. Wolodja soll perfekt deutsch gesprochen und bei einem deutschen Klavierlehrer Unterricht gehabt haben.

Die spätere Frau Wladimir Wyssozkis, die französische Schauspielerin Marina Vlady, erwähnte in ihrer Biographie auch die zweijährige Eberswalder Zeit ihres Mannes. Sie berichtete von einer Explosion beim Spielen mit Munition, bei der einige russische Spielkameraden schwer verletzt wurden, Wolodja war mit dem Schrecken davongekommen.
Wir suchen Zeitzeugen aus Wyssozkis Eberswalder Zeit!

DER ABZUG IN DIE HEIMAT

Mit dem in den 80er Jahren eingeleiteten politischen Entspannungsprozess sowie Gorbatschows „Perestroika" kam es zu entscheidenden Umbrüchen in Struktur und Bedeutung der Sowjetarmee.
Im Juni 1989 erfolgte die Umbenennung der „Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland" (GSSD seit 1954) in „Westgruppe der Truppen" (WGT).

In den Vereinbarungen von September und Oktober 1990 wurde in völkerrechtlich verbindlicher Form der Abzug aller sowjetischen Truppen von deutschem Boden bis zum 31. Dezember 1994 (später 31. August) festgelegt. Der Abzug dieser starken, vollgerüsteten Armee gestaltete sich mit Unterstützung der überall gebildeten Arbeitsgruppen „Konversion" ohne schwerwiegende Zwischenfälle und wurde als eine wichtige geschichtliche Erfahrung eingeschätzt.
Die psychische Belastung eines ungewissen Schicksals unter den gesellschaftlichen Umwälzungen und dem wirtschaftlichen Niedergang in der Heimat wirkte sich auf die Angehörigen der

Die bronzierte „Berufung" von Arno Breker auf dem Sportplatz der Sowjetischen Kaserne

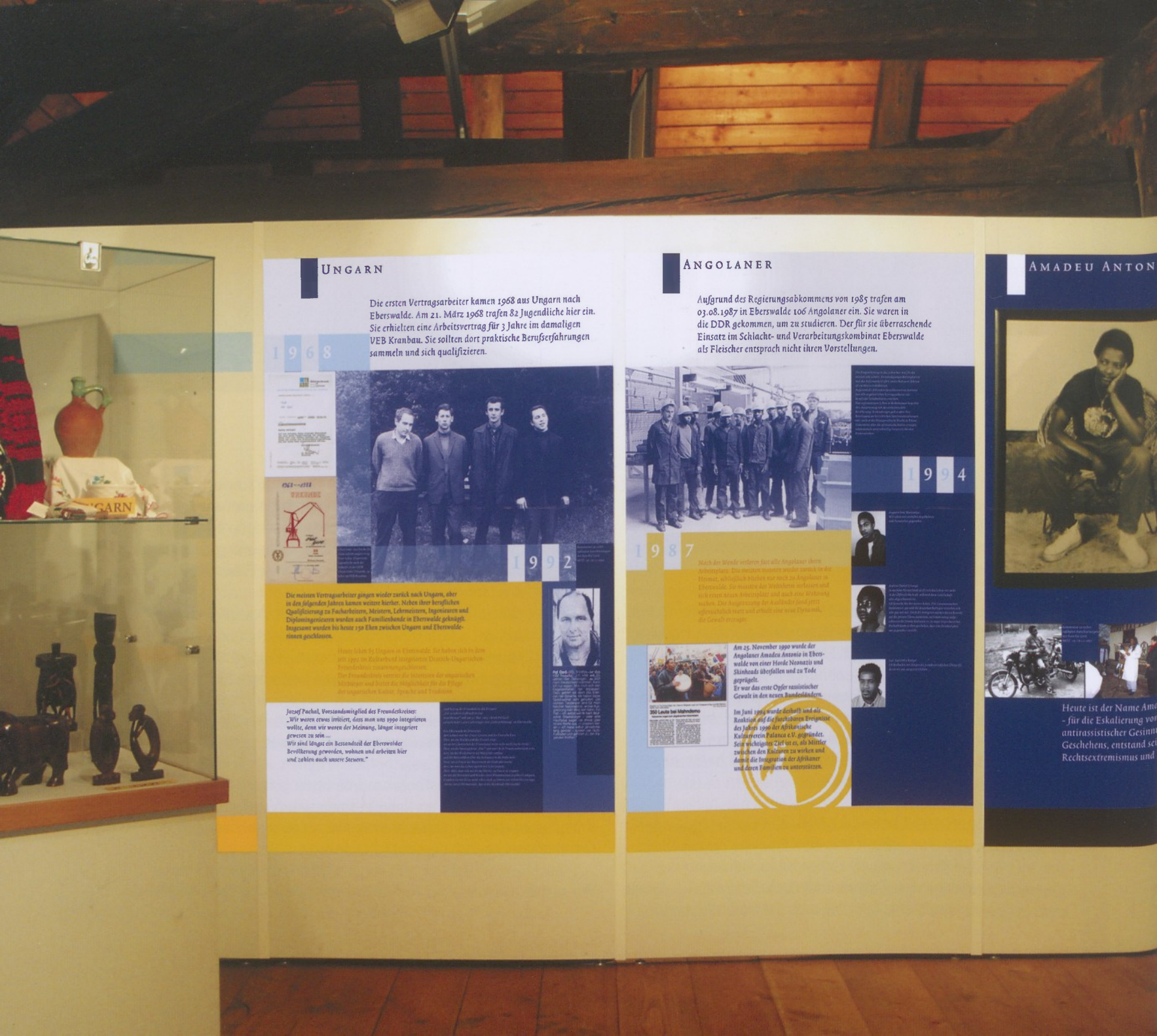
Westgruppe ebenso wie auf ihre Familien aus. Allerdings hatte sich die Bundesregierung verpflichtet, 15 Mrd. DM zur Deckung der Kosten für Aufenthalt, Umschulung des Personals, Abzug der Truppen und Wohnungsbau auf dem Gebiet der UdSSR zu tragen.

Nach der Wende demonstrierten die mehrfach durchgeführten „Tage der offenen Tür" in den Kasernen und auf dem Finower Militärflugplatz Bereitschaft zum Dialog.
Ehemalige freundschaftliche Beziehungen wurden vor allem von der 1990 gegründeten „Freundschaftsgesellschaft" weiter gepflegt.
Bei der Räumung der Objekte und Liegenschaften wurde die Entsorgung von Müll und Sonderabfällen für die deutschen Umweltbehörden ein großes Problem.

Bereits am 20.05.1993 hoben 33 MiGs des Gardejagdfliegergeschwaders 787 zum letzten Mal vom Finower Flugplatz ab. Am 16.04.1994 fanden zur offiziellen Verabschiedung der in Eberswalde stationierten Truppen mit dem Stab der 20. Armee, des Nachrichtenregiments und des mot. Schützenregimentes eine Kranzniederlegung am russischen Ehrenmal sowie ein Meeting auf dem Vorplatz des ehemaligen Ruhmesmuseums statt. Der Standortälteste Alexander Lisitschew sagte zum Abschluss: *„Wir verlassen nicht nur die Gräber unserer gefallenen Soldaten, sondern auch eine ganze Menge Freunde."*

In die Zeit der politischen Veränderungen fällt das spurlose Verschwinden der auf dem Sportplatz der Kasernen an der Tramper Chaussee stehenden sechs, ehemals für architektonische Repräsentationsobjekte der Nazis bestimmte Skulpturen.
Im Januar 1989 hatte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" auf die in Eberswalde in einen anderen Kontext gestellten, mit Silber- und Goldbronze „verschönten" Figuren von Arno Breker, Fritz Klimsch und Josef Thorak aufmerksam gemacht. Kurz danach wurden die wohl im Krieg ausgelagerten und dann als Kriegsbeute dorthin gebrachten Werke an einen unbekannten Ort abtransportiert.

Wir suchen Hinweise zur Aufklärung des „neuen" Standortes!


UNGARN
Die ersten Vertragsarbeiter kamen 1968 aus Ungarn nach Eberswalde. Am 21. März 1968 trafen 82 Jugendliche hier ein. Sie erhielten einen Arbeitsvertrag für 3 Jahre im damaligen VEB Kranbau. Sie sollten dort praktische Berufserfahrungen sammeln und sich qualifizieren.
1968
1992
Die meisten Vertragsarbeiter gingen wieder zurück nach Ungarn, aber in den folgenden Jahren kamen weitere hierher. Neben ihrer beruflichen Qualifizierung zu Facharbeitern, Meistern, Lehrmeistern, Ingenieuren und Diplomingenieuren wurden auch Familienbande in Eberswalde geknüpft. Insgesamt wurden bis heute 150 Ehen zwischen Ungarn und Eberswälderinnen geschlossen.
Heute leben 82 Ungarn in Eberswalde. Sie haben sich in den 1992 im Kulturbund integrierten Deutsch-Ungarischen Freundeskreis zusammengeschlossen.
Der Freundeskreis vertritt die Interessen der ungarischen Mitbürger und bietet die Möglichkeit für die Pflege der ungarischen Kultur, Sprache und Traditionen.
Jozsef Pachal, Vorstandsmitglied des Freundeskreises:
„Wir waren etwas irritiert, dass man uns 1990 integrieren wollte, denn wir waren der Meinung, längst integriert gewesen zu sein ...
Wir sind längst ein Bestandteil der Eberswalder Bevölkerung geworden, wohnen und arbeiten hier und zahlen auch unsere Steuern."
ANGOLANER
Aufgrund des Regierungsabkommens von 1985 trafen am 03.08.1987 in Eberswalde 106 Angolaner ein. Sie waren in die DDR gekommen, um zu studieren. Der für sie überraschende Einsatz im Schlacht- und Verarbeitungskombinat Eberswalde als Fleischer entsprach nicht ihren Vorstellungen.
1987
1994
Nach der Wende verloren fast alle Angolaner ihren Arbeitsplatz. Die meisten mussten wieder zurück in die Heimat, glücklicherweise blieben nur noch 20 Angolaner in Eberswalde. Sie mussten den Wohnheim verlassen und sich einen neuen Arbeitsplatz und auch eine Wohnung suchen. Die Ausgrenzung der Ausländer fand jetzt offensichtlich statt und erhielt eine neue Dimension, die Gewalt erzeugte.
Am 25. November 1990 wurde der Angolaner Amadeu Antonio in Eberswalde von einer Horde Neonazis und Skinheads überfallen und zu Tode geprügelt.
Er war das erste Opfer rassistischer Gewalt in den neuen Bundesländern.
Im Juni 1994 wurde deshalb und als Reaktion auf die furchtbaren Ereignisse des Jahres 1990 der Afrikanische Kulturverein Palanca e.V. gegründet.
Sein wichtigstes Ziel ist es, als Mittler zwischen den Kulturen zu wirken und dabei die Integration der Afrikaner und deren Familien zu unterstützen.
AMADEU ANTON
Heute ist der Name Ama
- für die Eskalierung vor
antirassistischer Gesinn
Geschehens, entstand se
Rechtsextremismus und

VERTRAGSARBEITER IN DER EHEMALIGEN DDR

Ein Teil der heute in Eberswalde lebenden Ausländer/innen sind ehemalige Vertragsarbeiter. Sie kamen seit 1968 aufgrund staatlicher Abkommen zwischen der ehemaligen DDR und den jeweiligen Entsendestaaten hierher. Die Ersten waren Ungarn, danach folgten Algerier, Kubaner, Vietnamesen, Mosambikaner und Angolaner.
Die Regierungsabkommen hatten sowohl politische als auch ökonomische Gründe. Im Mittelpunkt der Verträge stand die Berufsausbildung. Insbesondere in den 80er Jahren wurde jedoch der Einsatz der Vertragsarbeiter vorrangig zur Aufhebung des Arbeitskräftemangels in der damals stark industriell geprägten Region Eberswalde genutzt.

Nach der Wende wurden die Regierungsabkommen über den Einsatz der Vertragsarbeiter annulliert. Sie erhielten in den Betrieben als Erste ihre Kündigung. Die meisten verließen Deutschland. Die wenigen Hiergebliebenen befanden sich in einer unsicheren Aufenthaltssituation. Erst 1997 wurde ihnen unter bestimmten Bedingungen ein dauerhaftes Bleiberecht zuerkannt. Somit waren sie rechtlich den sogen. Gastarbeitern der alten Bundesländer gleichgesetzt.

Verteilung der Vertragsarbeiter in Eberswalder Betrieben, Stand vom 07.11.1989

VEB Kranbau: 49 Kubaner, 34 Polen, 85 Mosambikaner, 131 Ungarn

VEB SVKE Britz: 168 Polen, 85 Angolaner

VEB Walzwerk Finow: 14 Polen, 90 Mosambikaner

VEB Rohrleitungsbau Finow: 67 Polen, 90 Vietnamesen

RAW 8. Mai Eberswalde: 91 Vietnamesen, 46 Mosambikaner

VEB Hans-Ammon Britz: 30 Mosambikaner

Chemische Fabrik Finowtal: 10 Polen

UNGARN

Am 21. März 1968 trafen 82 Jugendliche aus Ungarn hier ein. Sie erhielten einen Arbeitsvertrag für 3 Jahre im damaligen VEB Kranbau. Sie sollten dort praktische Berufserfahrungen sammeln und sich qualifizieren.
Die meisten Vertragsarbeiter gingen wieder zurück nach Ungarn, aber in den folgenden Jahren kamen weitere hierher. Sie qualifizierten sich zu Facharbeitern, Meistern, Lehrmeistern, Ingenieuren und Diplomingenieuren. Es kam auch zu zahlreichen Eheschließungen zwischen Ungarn und Eberswalderinnen.

Heute leben 85 Ungarn in Eberswalde. Sie haben sich in dem seit 1992 im Kulturbund integrierten Deutsch-Ungarischen-Freundeskreis zusammengeschlossen.
Der Freundeskreis vertritt die Interessen der ungarischen Mitbürger und bietet die Möglichkeit zur Pflege der ungarischen Kultur, Sprache und Tradition.
Jozsef Pachal, Vorstandsmitglied des Freundeskreises:
„Wir waren etwas irritiert, dass man uns 1990 integrieren wollte, denn wir waren der Meinung, längst integriert gewesen zu sein ... Wir sind längst ein Bestandteil der Eberswalder Bevölkerung geworden, wohnen und arbeiten hier und zahlen auch unsere Steuern."

von links:

Ungarische Jugendliche nach ihrer Ankunft in der DDR

Porträt Pál Gerö

PÁL GERÖ : „IN EBERSWALDE FÜHLE ICH MICH WIE IN UNGARN ZU HAUSE“

Herr Gerö gehört zu der ersten Gruppe der ungarischen Vertragsarbeiter, die in Eberswalde eintrafen. Er war 21 Jahre alt und sagt heute: *„Wir waren damals die Jüngsten in den Brigaden, unbefangen und neugierig“*. Für ihn bedeutete es eine Auszeichnung an diesem Austausch von Jugendlichen beider Länder teilzunehmen.
Zuerst arbeitete Pál Gerö im Kranbau Eberswalde als Stahlbauschlosser und später in seinem erlernten Beruf als Werkzeugmacher. Der Arbeitsvertrag sah zunächst eine Dauer von 3 Jahren vor. Nach einem Jahr Aufenthalt in Eberswalde lernte er seine spätere Frau kennen, die er 1970 heiratete. Er entschied sich, mit seiner Frau in Eberswalde zu bleiben und nicht zurück nach Ungarn zu ziehen. Er wurde somit „ständiger Bewohner der DDR“, so hieß damals der Aufenthaltstitel für ausländische Bürger. Er hat eine Tochter und ist inzwischen geschieden.

Pál Gerö wollte sich beruflich weiter qualifizieren; so nahm er von 1971 bis 1973 an einem Lehrgang zur Studienvorbereitung teil. Anschließend studierte er an der Betriebsakademie des VEB Kranbau Eberswalde, einer Außenstelle der „Ingenieurschule Berlin Lichtenberg“, die er mit dem Titel Diplomingenieur (FH) in der Fachrichtung Maschinenbau abschloss. Danach arbeitete er in der Abteilung Arbeitsschutz und technische Sicherheit des VEB Kranbau Eberswalde. Von 1978–1980 absolvierte er ein Fernstudium in Leipzig und wurde Fachingenieur für Arbeits- und Brandschutz.
Sein Alltag in Eberswalde war durch Arbeit, Familie, Sport und Studium bestimmt. *„Wir waren permanent mit Menschen zusammen und wurden gefördert und gefordert“* erinnert er sich. *„Durch Willenskraft konnten wir uns schnell integrieren und haben die Herausforderungen des hiesigen Lebens angenommen. Wir hatten andere Voraussetzungen als die anderen Vertragsarbeiter aus Afrika und Kuba. Mit unserem europäischen Aussehen fielen wir nicht auf“.*
Nach der Wende erhielt er auch wie viele andere Kranbauer im Zuge der Abwicklung der Großbetriebe 1991, nach 23 Arbeitsjahren, seine Kündigung. Im Jahr 1992 konnte er im Gewerbeaufsichtsamt eine neue Tätigkeit aufnehmen, wo er heute noch beschäftigt ist.

von links:

Urkunde für 20 Jahre Tätigkeit im VEB Kranbau

Afrikanische Vertragsarbeiter in Eberswalde

Nach der Wende gründete er mit seinen ungarischen Freunden den Deutsch-Ungarischen Freundeskreis.
Herr Gerö hat viele Freundschaftsbindungen mit Deutschen, darunter auch solche, die seit Jahrzehnten existieren und die Zeiten der Wende überlebt haben.

1994 nahm er die deutsche Staatsbürgerschaft an, weil Deutschland sein Lebensmittelpunkt geworden ist. Dieser Schritt war nicht einfach für ihn. *„Ungarn bleibt trotzdem meine Heimat, dort sind meine Wurzeln"* sagt er. Er besucht regelmäßig Ungarn. Und doch gesteht er: *„Wenn ich lange in Ungarn bin, habe ich Heimweh nach Eberswalde. Die Seen, die Wälder und die Lebenserinnerungen ziehen mich zu meinen Freunden zurück"*.

Seit 1991 ist er Vorsitzender des FSV Eintracht Finowtal. *„Sport verbindet Menschen und überwindet Grenzen"* sagt er. Seit 25 Jahren wirkt er in diesem Sportverein, zuerst als Spieler, danach als Trainer für Nachwuchs und nun als Vorsitzender. Sein Engagement für den Sport ist auch ein Engagement für Verständigung, Fairplay und Miteinander.

„Begegnungen bauen Vorurteile ab. Sowohl die Deutschen als auch die Migranten müssen aufeinander zugehen. Neben der Pflege der eigenen Kultur ist auch wichtig, sich mit anderen Kulturen vertraut zu machen. Beide müssen sich öffnen".
So sein Plädoyer für ein friedliches Miteinander zwischen Deutschen und Einwanderern.

ANGOLANER

Aufgrund des Regierungsabkommens von 1985 trafen am 03.08.1987 in Eberswalde 106 Angolaner ein. Sie waren in die DDR gekommen, um zu studieren. Der für sie überraschende Einsatz im Schlacht- und Verarbeitungskombinat Eberswalde als Fleischer entsprach nicht ihren Vorstellungen.

Die Eingewöhnung in das Leben hier war für die meisten sehr schwer. Das reglementierte Leben in Wohnheimen bewirkte ihre Ausgrenzung von der einheimischen Bevölkerung. Einbindungen gab es über ihre Beteiligung an betrieblichen Veranstaltungen oder auch in der Neuapostolischen Kirche in Finow.

von links:

Mahndemonstration in Eberswalde

Logo vom Afrikanischen Kulturverein Palanca e.V.

frühere Aufnahme von Amadeu Antonio

Gedenkveranstaltung zum Todestag
von Amadeu Antonio

Aufgrund fehlender Sprachkenntnisse konnten fast alle angolanischen Vertragsarbeiter nur berufliche Teilabschlüsse erwerben. Verständigungsschwierigkeiten und das Aufeinandertreffen zweier Kulturen führten oft zu Missverständnissen. Unkenntnis über die Gründe und Bedingungen des Aufenthalts der Vertragsarbeiter aus Angola sowie über ihre afrikanische Kultur erzeugte schon damals unterschwellig Vorurteile bei den Einheimischen.

Nach der Wende verloren fast alle Angolaner ihren Arbeitsplatz. Die meisten mussten wieder zurück in die Heimat, schließlich blieben nur noch 20 Angolaner in Eberswalde. Sie mussten das Wohnheim verlassen und sich einen neuen Arbeitsplatz und auch eine Wohnung suchen. Die Ausgrenzung der Ausländer fand jetzt offensichtlich statt und erhielt eine neue Dynamik, die Gewalt erzeugte.

Luis Agostinho Kungo: *„Ich beobachte mit Sorgen die fremdenfeindlichen Übergriffe, denen wir uns ausgesetzt fühlen ..."*

Avelino Daniel Livonge: *„In meinem Heimatland spielt sich das Leben viel mehr in der Öffentlichkeit ab, während diese Gesellschaft sehr abgeschlossen ist. Ich bemerke das bei meiner Arbeit. Die Zusammenarbeit funktioniert gut und die deutschen Kollegen verstehen sich sehr gut mit mir. Doch die wenigsten würden diesen Kontakt auf die private Ebene ausweiten, weil man wenig aufgeschlossen für fremde Kulturen ist, ja sogar Angst davor hat. Deshalb kann es eben geschehen, dass eine Feindseligkeit uns gegenüber entsteht."*

Im Juni 1994 wurde deshalb, auch als Reaktion auf die furchtbaren Ereignisse des Jahres 1990, der Afrikanische Kulturverein Palanca e.V. gegründet. Sein wichtigstes Ziel ist es, als Mittler zwischen den Kulturen zu wirken und damit die Integration der Afrikaner und deren Familien zu unterstützen.

Afrikanischer Kulturverein PALANCA e. V.
Coppistraße 1–3, 16227 Eberswalde
Tel. 0 33 34/28 59 51

AMADEU ANTONIO – OPFER RASSISTISCHER GEWALT

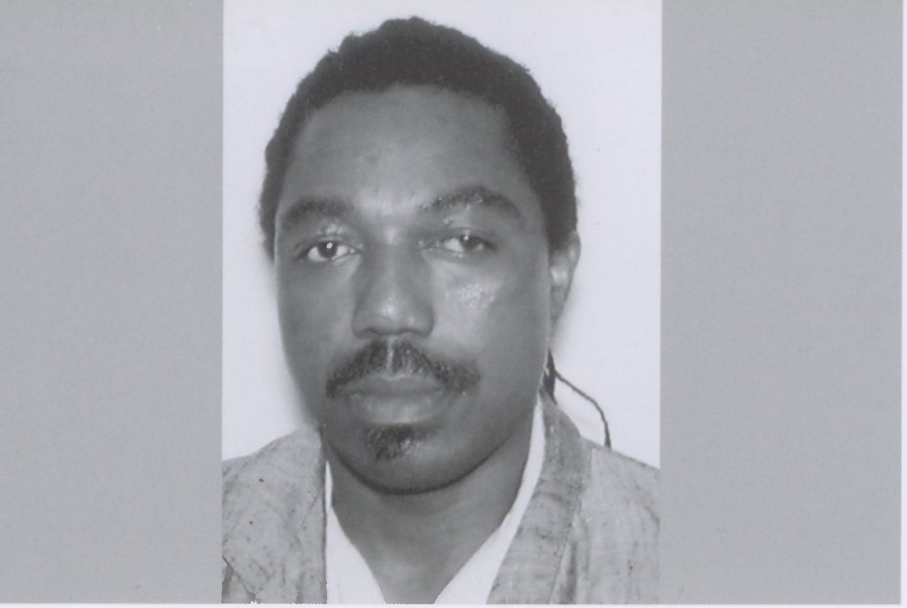
Am 25. November 1990 wurde der Angolaner Amadeu Antonio in Eberswalde von einer Horde gewaltbereiter Jugendlicher, darunter auch Eberswalder Neonazis und Skinheads überfallen und zu Tode geprügelt.
Er war das erste Opfer rassistischer Gewalt in den neuen Bundesländern.

Amadeu Antonio, wurde am 12.8.1962 in Quimbele, in der Provinz Uige nordöstlich von Luanda in Angola geboren. Er war das älteste von insgesamt 12 Kindern der Helena Alfonso.

Bevor er als Vertragsarbeiter nach Deutschland kam, hatte er in Brasilien, Portugal und der Sowjetunion Ausbildungen absolviert. Er hoffte auf ein Studium für Flugzeugtechnik in Deutschland, wurde aber in Eberswalde wie die meisten seiner Landsleute als Fleischer ausgebildet.
Nach Ablauf des Arbeitsvertrages verlängerte sich sein Aufenthalt, weil seine deutsche Freundin ein Kind erwartete.

Noch vor der Geburt des Kindes starb Amadeu Antonio am 6.12.1990 nach zweiwöchigem Koma an den Folgen des rassistischen Überfalls.

Heute ist der Name Amadeu Antonio zum Symbol geworden, – für die Eskalierung von Rassismus, aber auch für die Formierung antirassistischer Gesinnungen. In Eberswalde, der Stadt des Geschehens, entstand seitdem ein Netzwerk gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.



AUGUSTO JONE MUNJUNGA

Herr Munjunga kam im Jahr 1987 nach Eberswalde. Damals war er 22 Jahr alt. Er war als Finanzkaufmann im Bauministerium beschäftigt. Mit Hoffnungen und Träumen auf eine gute Ausbildung in Deutschland verließ er sein Heimatland Angola. Dort herrschte Bürgerkrieg, der Jahrzehnte andauerte.

In Eberswalde arbeitete A. J. Munjunga im Fleischverarbeitungskombinat (SVKE) in Britz. Er ging am Vormittag Deutsch lernen und am Nachmittag in der Produktion arbeiten. *„Es war nicht einfach, vor allem mit dem Schichtsystem"* sagt er. Im Betrieb vertrat Herr Munjunga auch die Interessen seiner Landsleute gegenüber der Betriebsleitung.
„Kontakte mit Einheimischen waren selten. Nur wenige Kollegen wollten mit uns außerhalb des Betriebes etwas unternehmen.", erinnert er sich.

Nach der Wende wurde das Abkommen über die Vertragsarbeiter annulliert. Viele Angolaner sind in ihre Heimat zurückgekehrt. Von 85 Angolanern sind nur 20 in Eberswalde zurückgeblieben. A. J. Munjunga entschied sich hier zu bleiben, auch wegen seiner Freundin. *„Für uns begann eine schmerzliche Erfahrung, wir wurden angepöbelt und diskriminiert."*
„Ausländer raus" war fast überall zu hören. Trauriger Höhepunkt rassistischer Gewalt war die Ermordung seines Freundes Amadeu Antonio im Jahr 1990.
„Es war ein Schock und tiefe Verunsicherung für uns.", sagte er. Außerdem hatte er, wie auch andere Vertragsarbeiter, mit aufenthaltsrechtlichen Problemen zu kämpfen. Sie bekamen keine Aufenthaltserlaubnis. *„Wir hatten keine Arbeit, keine Arbeitserlaubnis und keine Aufenthaltsgenehmigung, wir wurden lediglich geduldet. Es war eine bittere Erfahrung für uns."*, erinnert er sich. *„Das Schlimmste war, dass wir uns nicht auf die Straße trauten."*

Im Jahr 1991 heiratete er. Er war der erste Afrikaner, der eine Eberswalderin heiratete. Erst dann war sein Aufenthaltsstatus geregelt. Um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, ging A. J. Munjunga nach Stuttgart arbeiten. Er pendelte zwischen Stuttgart und Eberswalde. Dort machte er eine andere Erfahrung. *„Fremdenfeindlichkeit war dort nicht so spürbar wie hier."*, erkannte er.
1994 entschied er sich, nach Eberswalde zurückzukehren. Herr Munjunga wollte nicht aufgeben. Um Vorurteile abzubauen, gründete er im Jahr 1994 mit seinen Landsleuten den afrikanischen Kulturverein Palanca und wurde später Vorsitzender des Vereins. Am Anfang war der Verein Palanca als Treffpunkt bzw. Begegnungsstätte für Afrikaner und ihre Familien sowie für Deutsche gedacht. Später entstanden weitere Arbeitsfelder, vor allem Projekte mit Schulen und anderen Vereinen. „Palanca" ist über die Grenzen der Stadt Eberswalde bekannt.
„Wir wollen aber nicht nur als Trommler wahrgenommen werden, sondern als Vermittler zwischen den Kulturen.", sagt er.

Durch seine Arbeit will Herr Munjunga andere Ausländer ermutigen. *„Für unsere Würde und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben müssen wir uns engagieren."*, betont er. Die Kraft dafür nimmt er aus der eigenen Betroffenheit.

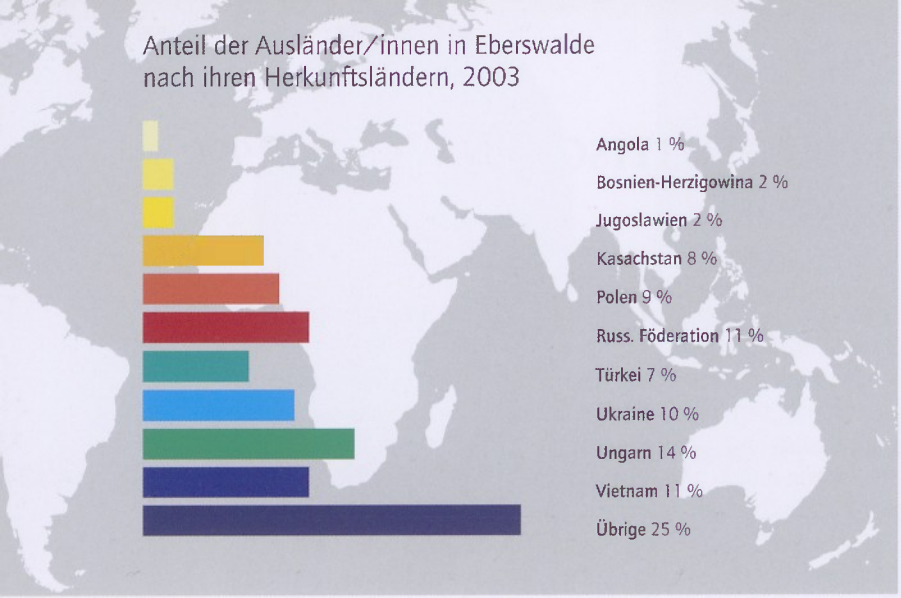
NEUE HEIMAT EBERSWALDE NACH DER POLITISCHEN WENDE 1990

ZUWANDERUNG IN DEN BARNIM – CHANCEN UND PROBLEME

Ende 2007 lebten im Landkreis Barnim 2847 Ausländer/innen (1357 Frauen und 1490 Männer) aus ca. 110 Ländern. Insgesamt leben hier ca. 4500-5000 Personen mit Migrationshintergrund, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 2,5–2,8 % entspricht. In Eberswalde ist der Anteil deutlich geringer, 1,72 % von 42.750 Einwohnern/innen. Diese ca. 730 Ausländer/innen stammen aus 70 Ländern.
Laut Angaben des Landesamtes für Statistik hat sich in unserem Landkreis der Anteil der Nichtdeutschen an der Gesamtbevölkerung seit 1990 mindestens verdreifacht. Der Barnim ist seitdem bunter und internationaler geworden, wobei ein Vergleich mit dem alten Bundesgebiet deutliche Unterschiede zeigt, da dort der Anteil an Zugewanderten wesentlich höher ist und auch andere Herkunftsländer dominieren.
Seit der Wiedervereinigung wurden außerdem ca. 3500 Spätaussiedler/innen aufgenommen, von denen etwa 30 bis 40 % noch im Barnim leben, ca. 600 davon in Eberswalde.
Diese sind zwar dem Papier nach Deutsche, sie erhalten die deutsche Staatsbürgerschaft bereits am Anfang ihres Hierseins. Sie werden aber von der einheimischen Wohnbevölkerung zumeist als Fremde wahrgenommen, denn sie verfügen oft über nur sehr geringe Deutschkenntnisse und haben ebenfalls migrationsspezifische Probleme zu lösen.

Wie leben diese Menschen hier bei uns?
Die meisten Migranten/innen fallen nicht als solche auf, leben eher zurückgezogen, treten nicht in Erscheinung.
Viele haben Angst, sich als Nichtdeutsche erkennen zu geben, versuchen, ihre Herkunft zu verdrängen und sich anzupassen. Andere brauchen eine längere Zeit, um hier „anzukommen", weil vor allem das Erlernen der Sprache eine riesige Hürde darstellt und sie mit der neuen Situation, die als großer Stress empfunden wird, schwer zurande kommen.
Von Einheimischen höre ich sehr oft den Satz: *„Warum lernen diese Leute nicht ganz schnell Deutsch und übernehmen unsere Sitten und Bräuche?".*
Abgesehen von der Frage nach dem Sinn der sogenannten deutschen „Leitkultur", können wir aber nicht einseitig und pauschalisierend über Integrations(un)willigkeit von Migranten/innen reden, ohne zugleich die Integrationsbereitschaft der Gesellschaft einzufordern. Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, bürgerschaftliche Mitverantwortung sind Grundwerte unserer Gesellschaft. Sie müssen für alle Menschen Geltung erhalten, die absehbar dauerhaft in der Bundesrepublik leben.
Ziel einer modernen Integrationspolitik muss es sein, Migranten/innen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.
Öffnung nach außen, positiver Umgang mit Differenz, Multiperspektivität, ein neues Verständnis des Zusammenspiels von Mehrheiten und Minderheiten und Konfliktfähigkeit sind gesellschaftliche Haltungen, die wir brauchen.

Von diesen Zielen sind wir – nicht nur im Barnim - noch weit entfernt. Ein großes Hemmnis ist dabei die Lage auf dem hiesigen Arbeitsmarkt. Um so wichtiger ist es, darauf hinzuweisen, dass Migranten/innen nicht nur eine von Arbeitslosigkeit extrem betroffene Gruppe darstellen, sondern sich in Eberswalde und im gesamten Barnim als Unternehmer/innen angesiedelt und auch für Einheimische Arbeitsplätze geschaffen haben.
Integration ist weder ausschließlich Privatsache noch eine allein vom Staat zu bewältigende Aufgabe. Gelingen kann sie nur als zivilgesellschaftliches Projekt, in das sich alle - Inländer/innen ebenso wie Migranten/innen – einbringen müssen. Dabei geht es sehr stark um unsere Einstellungen, unsere Offenheit und Toleranz.
Es muss uns insgesamt besser gelingen, Zugewanderte nicht



nur als Konsumenten/innen und Hilfesuchende zu betrachten, sondern ihnen die Möglichkeit zu geben, eigene Ideen zu verwirklichen, eigene Stärken anzuwenden und sich in das Gemeinwesen einzubringen.
In Ansätzen ist das hier in Eberswalde bereits gelungen. Mit dem Afrikanischen Kulturverein „Palanca" e.V., dem Deutsch - Ungarischen Freundeskreis und „KONTAKT Eberswalde" e.V. haben sich Migranten/innen eigene Strukturen geschaffen, in denen der herkunftsbezogene Zusammenhalt gepflegt werden kann. Dabei belassen es diese Gruppen aber nicht. Sie öffnen sich auch für Einheimische und andere Migrantengruppen und sehen sich andererseits als Vermittler/innen zu deutschen Institutionen und Vereinen.
Eine Segregation (soziale Absonderung), wie sie vielfach in den alten Bundesländern zu verzeichnen ist, kann so leichter vermieden werden.
Einen wichtigen Beitrag leistet in diesem Zusammenhang auch der Ausländerbeirat im Landkreis Barnim. Er bietet Migranten/innen Möglichkeiten einer aktiven Partizipation (Teilhabe). In der letzten Wahlperiode hat z.B. ein Mitglied des Ausländerbeirates als sachkundiger Einwohner im Sozialausschuss des Kreistages mitgearbeitet.
Besonders schwierig ist nach wie vor die Situation der Flüchtlinge und Asylsuchenden. Sie leben zunächst in abgeschieden gelegenen Heimen in engen Wohnverhältnissen und erfahren eine permanente Ausgrenzung aus dem Alltagsleben. In den ersten 48 Monaten nach ihrer Ankunft erhalten sie Sachleistungen und erleben die damit verbundenen Demütigungen. Sie haben kaum Chancen, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Dazu kommen die Unsicherheit und die Angst vor der Abschiebung. Erst seit 2005 haben langjährig hier lebende Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die Chance, über eine Härtefallregelung in Deutschland verbleiben zu können.
Abgesehen von einigen ehemaligen Vertragsarbeitnehmern/innen aus Angola, Mosambik und Vietnam wurde in den Jahren nach der Wende von der einheimischen Bevölkerung vor allem diese Gruppe mit all ihren Beschränkungen deutlich als Migranten/innen wahrgenommen. Zuwanderung wurde also fast ausschließlich unter diesem Aspekt gesehen. Diese einseitige und damit verzerrte Wahrnehmung des sozialen Außenseitertums der Migranten/innen bis hin zum öffentlichen Bild als Beratungsobjekte und Bezieher von Transferleistungen – verbunden mit der Unkenntnis der tatsächlichen Situation, in der diese Menschen leben – führte automatisch zu Akzeptanzproblemen.
Auch wenn für viele der Aufenthalt hier begrenzt ist, brauchen sie für diese Zeit elementare Grundkenntnisse der deutschen Sprache, um sich bewegen zu können, die Einkäufe zu erledigen, den Arztbesuch selbstständig vorzunehmen.
Können Sie sich z.B. vorstellen, dass Neuankömmlinge in Eberswalde lieber die ganze Strecke vom Rathaus bis ins Brandenburgische Viertel zu Fuß gingen, nur weil sie nicht wussten, wie der O - Bus funktioniert, und fragen konnten sie nicht, weil ihnen die Worte fehlten. Erst seit 2005 haben bleibeberechtigte Ausländer/innen die gesetzliche Möglichkeit, einen Integrationskurs zu besuchen. Vorher war dieses nur Spätaussiedler/innen vorbehalten. Daneben werden im Landkreis auch Kurse für Asylbewerber/innen und Flüchtlinge angeboten. Diese Kurse sind ein wichtiger Bestandteil in der Tagesplanung vieler Zuwanderinnen und Zuwanderer geworden. Sie bieten neben dem Erlernen der Sprache die Gelegenheit, sich zu treffen, auch mit der Lehrerin ins Gespräch zu kommen, die bei

von links:

Straßenfußball-Turnier mit gemischten Mannschaften (Russlanddeutsche, Ausländer/innen und Einheimische) während des Sommerfestes

Auftritt der Musikgruppe der SHG „Kontakt" während der Landesgartenschau

kleinen Schwierigkeiten oft gleich helfen kann. Dazu bedarf es keiner neuen Räume, sondern einer intensiven Zusammenarbeit mit vorhandenen Trägern. Im Eberswalder Bereich hat z.B. die evangelische Kirche Räume dafür zur Verfügung gestellt.
Sowohl in Eberswalde als auch in Bernau arbeiten seit vielen Jahren Netzwerke zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer/innen.Sowohl Institutionen, die maßgeblich am Integrationsprozess beteiligt sind, als auch Vertreter/innen der Migranten/innen selbst stellen sich gemeinsam mit Vertretern/innen der Kommunen diesen Fragen.

RUSSLANDDEUTSCHE - AUSSIEDLER/INNEN

Aussiedler/innen (seit 1993 Spätaussiedler/innen) sind deutscher Herkunft. Sie kommen aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion (GUS), vereinzelt auch aus anderen osteuropäischen Ländern. Die rechtlichen Grundlagen ihrer Aufnahme sind im Grundgesetz sowie vor allem im Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz verankert.

Seit 1992 kamen in den Landkreis Barnim aufgrund der Aufnahmequote von 3,5 % für Brandenburg ca. 3500 Spätaussiedler/innen. Von ihnen gingen aber viele wegen fehlender Arbeitsplätze in die alten Bundesländer.

HERKUNFT UND GESCHICHTE

Die Vorfahren der Spätaussiedler/innen folgten 1763 dem Manifest von Zarin Katharina II. (1762-1796), das Ausländer mit dem Versprechen von Privilegien nach Russland rief. Einwanderer vor allem aus Südwest- und Süddeutschland kamen in das Wolga- und Schwarzmeergebiet, aber auch in den Kaukasus und nach Westsibirien.
Von Anfang an waren die Einwanderer bestrebt, in den selbstverwalteten deutschen Dörfern ihre nationale Identität zu bewahren.

Der sichtbare wirtschaftliche Aufschwung, basierend auf den ihnen ehemals „auf ewige Zeiten" zuerkannten Privilegien, schürte seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts Hass gegen die deutschen Siedler.
Mit Gründung des Deutschen Reiches 1871 kam es zur Aufhebung dieser Privilegien.
Obwohl vor allem während des Ersten Weltkrieges, aber auch danach, die deutsche Volksgruppe vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt war, erlebte sie zwischen 1918 und 1938 mit der Gründung der „Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen" sowie deutscher Rayons einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung.

Nach Ausbruch des Krieges mit Deutschland wurden die Russlanddeutschen der aktiven Unterstützung deutscher Truppen beschuldigt und nach Zentralasien und Sibirien verschleppt. Frauen und Kinder wurden verstreut angesiedelt, und Männer sowie Frauen ohne Kinder unter drei Jahren mussten in die „Trudarmee", die einem Strafgefangenenlager glich.
Ca. 300 000 Russlanddeutsche kamen unter menschenunwürdigen Bedingungen bis zum Ende des Krieges ums Leben.

Erst mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Moskau und Bonn erließ der Oberste Sowjet der UdSSR 1955 das Dekret „Über die Aufhebung der Beschränkungen in der Rechtsstellung der Deutschen...". Der Beschluss von 1964 rehabilitierte die Russlanddeutschen zwar von dem ihnen unterstellten Verrat während des Krieges, aber alle ihre Autonomiebestrebungen blieben erfolglos. Zu einer Randgruppe der sowjetischen Gesellschaft deklassiert, sahen sie einen Ausweg in der Auswanderung nach Deutschland, der Urheimat ihrer Vorfahren.
Ab 1987 wurde mit dem Gesetz über Aus- und Einreise die bisher der Willkür der Behörden ausgelieferte Familienzusammenführung etwas großzügiger gehandhabt.
In der GUS begann wieder aus den Vertreibungsgebieten östlich des Urals eine Migration in die westlich gelegenen Republiken. Trotzdem hatten die Russlanddeutschen große Sorgen um die Wiedergewinnung und Erhaltung ihrer ethnischen Traditionen. Die Verdrängung vor allem der deutschen Muttersprache führte zu einer immer stärkeren Assimilation. Viele wählten deshalb weiterhin die Ausreise, verbunden mit einem langwierigen Genehmigungsverfahren.
Ihre über Jahrhunderte bewahrten ethnischen Besonderheiten in Brauchtum, Liedern und Mundart können bei uns zur Vielfalt der deutschen Kultur beitragen.

2001 wurde in Eberswalde die Selbsthilfegruppe (SHG) „Kontakt" im Bund der Vertriebenen (BdV) gegründet. Der inzwischen selbstständige Verein „KONTAKT Eberswalde" e.V. ist eine von den Aussiedler/innen organisierte Einrichtung zur Selbst- und gegenseitigen Hilfe. Sein wichtigstes Ziel ist die Unterstützung der Integration der Spätaussiedler/innen und ihrer Familien.

GERTRUDE GASANOWA

Ich wurde am 15.11.1939 in dem deutschen Rosa Luxemburg-Dorf Kuibischew, Gebiet Saporoshje geboren. Meine Mutter hatte an einer deutschen Pädagogischen Schule studiert. Da sie zwölf Geschwister hatte, musste sie arbeiten gehen, als ihr Vater 1938 ins Gefängnis kam.
Im Juni 1941 begann der Krieg. Mein Vater war schon im Juli bei der Armee. Ins Dorf sind Soldaten gekommen, und die deutschen Dorfbewohner hatten nur zwei Stunden Zeit zum Anziehen und Packen. Die Menschen wurden aus ihrer Heimat verschleppt. Mit dem Zug waren wir drei Wochen unterwegs. Sehr oft wurde der Zug bombardiert. Viele Leute starben. Ich war ein zweijähriges Mädchen und bin mit meiner Mutter, Großmutter und Großvater nach Sibirien in das Gebiet Altai Region Aleiski in den Kolchos Sowjet Iljitsche gekommen.
Der Großvater ist bald gestorben. Die Mutter hat einen Sohn geboren. Es gab nichts zum Essen und nichts zum Anziehen.
Es war bitterkalt, und immer quälte der Hunger. Die Mutter hat alles bis zum letzten Kopfkissen verkauft, um Essen zu beschaffen. Aber es hat nicht gereicht, und der einjährige Bruder ist gestorben.

von links: Gertrude Gasanowa, 1957; ihr Großvater; mit ihrem Mann und ihren ersten beiden Kindern, ca. 1960

Im Jahre 1943 musste Mutter zur Trudarmee, sehr weit weg von zu Hause. Ich bin bei der 70jährigen Oma geblieben. Meine Mutter habe ich jahrelang nicht gesehen, und so habe ich die Großmutter Mutter genannt.
Meine Mutter musste zweieinhalb Jahre im Wald arbeiten. Nach dem Mai 1945 gab es einen Befehl, dass alle, die eine Familie hatten, nach Hause gehen könnten. Die Leute erfuhren aber nichts davon, und trotzdem lief meine Mutter mit vielen anderen nach Hause. Obwohl sie völlig erschöpft ankam, haben Soldaten sie sofort festgenommen. Sie hätte für 25 Jahre ins Gefängnis gehen müssen, aber der Vorsitzende des Kolchos hatte geholfen, und sie kam frei.
Mutter suchte meinen Vater über eine Organisation sehr lange, aber er war nicht zu finden.
Ich besuchte schon die Schule mit anderen russischen Kindern. Ich hatte aber Schwierigkeiten mit der russischen Sprache, und so sprachen wir in der Familie Deutsch. Großmutter hatte die deutschen Bücher mit nach Sibirien gebracht. Am Wochenende haben sich die Deutschen aus dem Dorf bei ihr versammelt, um die Bücher zu lesen. Deshalb konnte auch ich gut Deutsch lesen.

Mit sieben Jahren habe ich schon im Kolchos gearbeitet. In die Schule konnte ich deshalb nur bis zur fünften Klasse gehen. 1953 ist Stalin gestorben. 1954 konnte ich mit meiner Mutter nach Kasachstan in die Stadt Dsesgastan zu einer Tante ziehen. Dort arbeitete ich in einem Werk, ich war sechzehn Jahre alt. 1956 heiratete meine Mutter einen Mann aus Aserbaidschan, bekam eine Tochter und zog zu ihm. Ein Jahr später zog ich auch nach Aserbaidschan. Dort lernte auch ich meinen Mann kennen. Ich war 19 und er 25, als wir heirateten. Wir bekamen drei Kinder. In der Stadt Kanesa, wo wir nun wohnten, waren sehr wenig Deutsche. Trotzdem habe ich mit meiner Mutter immer Deutsch gesprochen und die deutsche Tradition nicht verloren. Ich spreche aber außerdem noch russisch, kasachisch und aserbaidschanisch.

1998 habe ich den deutschen Sprachtest bestanden und wartete auf die Einladung nach Deutschland. Im selben Jahr starb plötzlich mein Mann.
Ich kam dann im März 2002 mit meinen Kindern und deren Familien nach Deutschland. Hier fühle ich mich zu Hause, weil ich mich mein ganzes Leben als Deutsche gefühlt habe.

Irina Holzmann im Gespräch mit jugendlichen Aussiedlern

IRINA HOLZMANN

Im August 1994 kam ich mit meinem Mann und unserem ältesten Sohn, der damals vier war, nach Eberswalde. Aus meinem Mann Andrej wurde dank des § 94 des Bundesvertriebenengesetzes Andreas, und unser Sohn Dimtrj mutierte plötzlich zu Dieter, nur ich blieb Irina. Ich ahnte schon damals, dass der neue Name für ein Eingewöhnen in Deutschland nicht wirklich wichtig ist.

Ich stammte zwar aus einer deutsch-russischen Familie, meine Großmutter und mein Vater sprachen noch Deutsch mit schwäbischem Dialekt, aber ansonsten wurde nur Russisch gesprochen, da man uns Kindern keine Steine in den Weg legen wollte. In der Familie meines Mannes wurde aber noch deutsch gesprochen.

Da die Lebenssituation für die deutsche Minderheit in Kasachstan immer schwieriger und uns die Möglichkeit eröffnet wurde, nach Deutschland auszureisen, sind wir ein Jahr nach meinen Schwiegereltern ausgesiedelt.

Also stand ich nun, 22 Jahre jung, ziemlich scheu und ängstlich da, denn ich konnte nichts verstehen. Dieser Bruch in meinem Leben machte mir ziemlich zu schaffen. Wenige Wochen zuvor arbeitete ich noch als Lehrerin, war anerkannt und zeigte anderen den Weg.

Ich war damals psychisch nicht in der Lage, die deutsche Sprache zu erfassen, so dass der Deutschkurs eher an mir vorbeiging. Dieses spiegelte sich auch in meinem Verhalten gegenüber Einheimischen wider, die ihrerseits entsprechend reagierten, so dass die Hürden noch höher wurden.

Wann aus dem „Mal sehen" ein „Ich will" wurde? Ich denke, die entscheidende Wende kam 1997 mit dem Aufnahmebescheid für meine eigene Familie. Ein weiterer Einschnitt war im gleichen Jahr unser Urlaub in Kasachstan. Ich fühlte mich dort inzwischen auch als eine Fremde, für die Menschen dort war ich eine deutsche Frau.

1995 wurde unser zweiter Sohn geboren. Er erhielt den schönen deutschen Namen „Arthur". Warum das bei einigen hier Schmunzeln auslöste, konnte ich nicht begreifen.

Nach dem Erziehungsurlaub begann ich 1998 eine Umschulung zur Heilerziehungspflegerin in Lobetal. Warum ich nicht versucht habe, wieder als Lehrerin zu arbeiten?

Neben all den formellen Schwierigkeiten mit der Anerkennung durch Brandenburger Behörden hatte sich bei mir sofort der Satz eingehämmert: „Lehrerin, das kannst Du vergessen. Wenn Du hier eine Putzstelle bekommst, kannst Du froh sein."

Ich wollte unbedingt mit Menschen arbeiten, und so erschien mir der Beruf als sehr geeignet. Besonders gefiel mir die Arbeit mit psychisch kranken Menschen. Hier ging es um Gesprächsführung, Krisenmanagement und Alltagsbewältigung. Das macht auch heute noch einen großen Teil meiner Arbeit als Migrationsberaterin aus.

Angefangen hat es mit ehrenamtlichem Engagement, wie Leitung einer Tanzgruppe, Organisation von Discos für jugendliche Spätaussiedler/innen, Mädchentreffs und anderes. Danach war ich drei Jahre lang hauptamtliche Leiterin der Selbsthilfegruppe „Kontakt", und seit 2005 arbeite ich in der Migrationsberatung des Bundes der Vertriebenen, sowohl in Eberswalde als auch in Berlin.

FLÜCHTLINGE

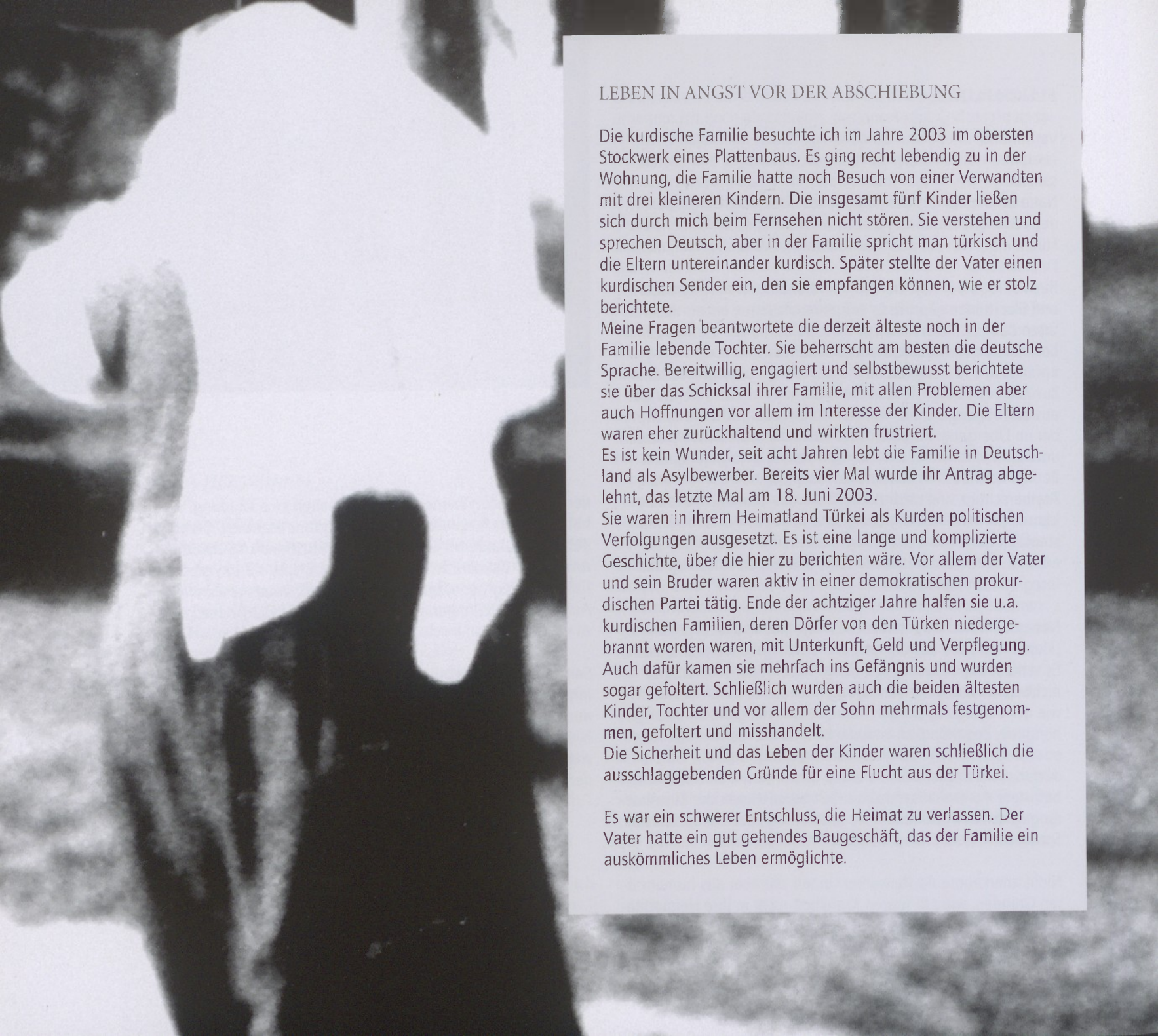
Verfolgung, Kriege und Bürgerkriege haben Menschen veranlasst, ihre Heimatländer zu verlassen, um Schutz und Asyl zu suchen.
Nach Schätzung des UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) gibt es weltweit über 20 Millionen Flüchtlinge. Nur ein geringer Teil davon findet den Weg nach Deutschland.
Ihre Anträge auf Asyl werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geprüft. Es vergehen oft Jahre, bis ein Asylverfahren abgeschlossen ist. Für diese Zeit erhalten die Asylbewerber/innen ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht und werden anfangs alle in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.
Zur Zeit beherbergt der Landkreis Barnim ca. 225 Flüchtlinge aus den Krisengebieten von vier Kontinenten. Sie sind entweder im Übergangswohnheim Althüttendorf oder in Wohnungen untergebracht, wobei alle Familien bereits in Wohnungen in Bernau oder auch in Eberswalde leben.
Asylberechtigt sind nach Artikel 16 a des Grundgesetzes anerkannte politisch Verfolgte. Sie sind in ihrem Herkunftsland staatlich gezielten Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt. Sie erhalten eine Aufenthaltserlaubnis und haben Anspruch auf Integrationsmaßnahmen.

Neben dem Recht auf politisches Asyl gibt es das so genannte „kleine Asyl", das auf der Genfer Flüchtlingskonvention basiert. Es schützt auch Flüchtlinge, deren Leben oder Freiheit zwar nicht durch staatliche Verfolgung aber aus anderen Gründen wie der Verfolgung „wegen ihrer „Rasse", Religion, Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung" bedroht ist. Sie dürfen nicht abgeschoben werden und erhalten eine zunächst befristete Aufenthaltserlaubnis. Seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes 2005 haben sie auch einen Rechtsanspruch auf Sprachkurse oder andere Integrationsmaßnahmen.

Nicht anerkannte Asylbewerber/innen, die aber aus humanitären Gründen, wie z.B. wegen Krankheit nicht in ihre Heimatländer abgeschoben werden können, erhalten eine Duldung. Sie haben keinen Anspruch auf Integrationsmaßnahmen. Oft vergehen viele Jahre bis zur endgültigen Entscheidung über ihren Antrag auf Bleiberecht in Deutschland. Erst seit 2006 gibt es für langjährig Geduldete die Möglichkeit, einen gesicherten Aufenthalt zu erlangen bzw. als Härtefall seit 2005 anerkannt zu werden.

Heimbewohner in Biesenthal

Seit Anfang der 90er Jahre kommen jüdische Zuwanderer/innen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion auch nach Deutschland. Sie erhalten hier eine unbefristete Niederlassungserlaubnis. In Bernau gibt es deshalb seit 1997 wieder eine kleine jüdische Gemeinde, die heute 154 Mitglieder umfasst.



LEBEN IN ANGST VOR DER ABSCHIEBUNG

Die kurdische Familie besuchte ich im Jahre 2003 im obersten Stockwerk eines Plattenbaus. Es ging recht lebendig zu in der Wohnung, die Familie hatte noch Besuch von einer Verwandten mit drei kleineren Kindern. Die insgesamt fünf Kinder ließen sich durch mich beim Fernsehen nicht stören. Sie verstehen und sprechen Deutsch, aber in der Familie spricht man türkisch und die Eltern untereinander kurdisch. Später stellte der Vater einen kurdischen Sender ein, den sie empfangen können, wie er stolz berichtete.
Meine Fragen beantwortete die derzeit älteste noch in der Familie lebende Tochter. Sie beherrscht am besten die deutsche Sprache. Bereitwillig, engagiert und selbstbewusst berichtete sie über das Schicksal ihrer Familie, mit allen Problemen aber auch Hoffnungen vor allem im Interesse der Kinder. Die Eltern waren eher zurückhaltend und wirkten frustriert.
Es ist kein Wunder, seit acht Jahren lebt die Familie in Deutschland als Asylbewerber. Bereits vier Mal wurde ihr Antrag abgelehnt, das letzte Mal am 18. Juni 2003.
Sie waren in ihrem Heimatland Türkei als Kurden politischen Verfolgungen ausgesetzt. Es ist eine lange und komplizierte Geschichte, über die hier zu berichten wäre. Vor allem der Vater und sein Bruder waren aktiv in einer demokratischen prokurdischen Partei tätig. Ende der achtziger Jahre halfen sie u.a. kurdischen Familien, deren Dörfer von den Türken niedergebrannt worden waren, mit Unterkunft, Geld und Verpflegung. Auch dafür kamen sie mehrfach ins Gefängnis und wurden sogar gefoltert. Schließlich wurden auch die beiden ältesten Kinder, Tochter und vor allem der Sohn mehrmals festgenommen, gefoltert und misshandelt.
Die Sicherheit und das Leben der Kinder waren schließlich die ausschlaggebenden Gründe für eine Flucht aus der Türkei.

Es war ein schwerer Entschluss, die Heimat zu verlassen. Der Vater hatte ein gut gehendes Baugeschäft, das der Familie ein auskömmliches Leben ermöglichte.

Er verkaufte alles. Von dem Geld wurde ein Schlepper bezahlt, der der sechsköpfigen Familie zu einer langwierigen Flucht verhalf.
Im Januar 1996 kamen sie in Berlin Tegel an und meldeten sich als Asylsuchende. Nach verschiedenen Zwischenstationen teilte man sie dem Übergangswohnheim Schönfeld im Landkreis Barnim zu. Dreieinhalb Jahre in dem Heim mit sechs Personen auf engstem Raum und ohne Gewissheit für die Zukunft!

Sie dürfen sich nur nach Antrag mit einer „Verlassenserlaubnis" außerhalb des Landkreises Barnim aufhalten. Bei der derzeitigen Lage auf dem Arbeitsmarkt ist ihr Antrag auf Arbeitserlaubnis aussichtslos, sie leben von Sozialhilfe.
Im Oktober 1999 erhielt die Familie eine Wohnung. Sie fühlen sich jetzt zwar wohler, aber vor allem die Eltern vermissen das in der Heimat gepflegte Miteinander mit den Nachbarn. Diese sind hier zwar auch freundlich, aber jeder macht die Tür hinter sich zu.
Meine Gesprächspartnerin besucht das Oberstufenzentrum in Wandlitz, auch sie hat viele Freunde, Deutsche und Ausländer. Die über ihnen schwebende Abschiebung kann und will sie nicht akzeptieren. Sie ist sich sicher, eine Zukunft für ihre Familie gibt es nur in Deutschland und gegen eine Abschiebung will sie weiter kämpfen, - mit allen Mitteln und sei es mit Hungerstreik.
Nachtrag 2008: Inzwischen haben die Familienmitglieder aufgrund der Bleiberechtsregelung eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Die ehemalige Schülerin des Oberstufenzentrums arbeitet heute als Heilerziehungspflegerin in Eberswalde.

OBI OGBONNAYA MORISSON OJI (OBI OJI)

Obi Oji wurde 1963 in Nigeria in Enugu, der Hauptstadt des Bundeslandes Anambra, geboren.
Bald darauf zog seine Familie nach Lagos, dem damaligen Regierungssitz.

Porträt Obi Oji,
Vorsitzender des Ausländerbeirates Barnim (2002–2005)

Relativ privilegiert und wohlbehütet wuchs er dort auf, besuchte eine private Grundschule und danach die Holy Trinity Grammar School, an der er 1982 das Abitur ablegte.
Ab 1983 studierte er an der Universität in Lagos Anglistik und Pädagogik. Doch die äußeren Umstände in seinem Land berührten auch seinen Lebensweg.

In Nigeria herrschte damals eine Militärregierung, die die demokratischen Grundfreiheiten beschnitt. Oppositionsparteien und Gewerkschaften wurden verboten. Es waren deshalb vor allem die Studenten, die gemeinsam mit den Markthändlerinnen landesweite Proteste organisierten.
Ihr Ziel war eine Änderung der Verhältnisse durch gewaltfreie Aktionen sowie Gespräche mit den Machthabern.
Doch die Situation eskalierte, ein Jahr lang herrschte „Krieg".
Obi Oji war in dieser Zeit Generalsekretär der Nigerianischen Studentengewerkschaft und wurde aufgrund der Vorkommnisse verhaftet. Vielleicht war es der lange Arm der Eltern oder nur verdammtes Glück, dass er am Leben blieb, er wurde aber nach Kamerun abgeschoben.
Dort war es die deutsche Botschaft, die über die Vorgänge im

Nachbarland gut unterrichtet war und dem jungen nigerianischen „Rebellen" zu einem Visum und Flug nach Deutschland verhalf.
1993 erfolgte dann die Anerkennung als Asylbewerber. Es gab Blumen von der Ausländerbehörde, denn er war der erste Asylberechtigte im damaligen Landkreis Eberswalde.
Von Anfang an hat Obi Oji versucht, sich in Deutschland nützlich zu machen, seine Talente einzubringen. So gab er kostenlosen Nachhilfeunterricht in Englisch und arbeitete u.a. als Sozialarbeiter und Englischlehrer.
Obi Oji war Vorsitzender des Ausländerbeirates Barnim während der ersten Wahlperiode. Anfang Februar 2004 eröffnet er das erste private Englischinstitut in Eberswalde.
Obi Oji ist Vater zweier Kinder, sein Sohn Benjamin ist 13 Jahre alt und die Tochter Madlene ist zehn.
Seine Vision ist die von einem achtungsvollen Zusammenleben aller Menschen unabhängig von ihrer Hautfarbe. Dafür tritt er ein und versucht, mit seinem Charme und seiner Freundlichkeit andere Menschen für dieses Ziel zu gewinnen.

AUSLÄNDER/INNEN IN EBERSWALDE

Je nach Gründen unterliegt der Aufenthalt der Ausländer/innen einem unterschiedlichen rechtlichen Status.
Es gibt neben dem Einreisevisum zwei weitere Aufenthaltstitel, die Niederlassungserlaubnis und die Aufenthaltserlaubnis. Letztere richtet sich nach dem Zweck des Aufenthaltes (z.B. Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen, Familienzusammenführung).
Der Aufenthalt von EU-Bürgern/innen und deren Familienangehörigen wird gesondert über das Freizügigkeitsgesetz/EU geregelt. Sie haben u. a. das kommunale Wahlrecht und den freien Zugang zum Arbeitsmarkt. Für Bürger/innen aus den neuen EU-Staaten trifft letzteres aber noch nicht zu.
Seit 1990 erhielten ca. 400 bereits langjährig hier lebende Ausländer/innen die deutsche Staatsbürgerschaft. Sie werden demzufolge nicht mehr als Ausländer/innen erfasst.

Nach der Verleihung des Preises des DAAD (Deutscher Akademischer Auslandsdienst) mit Prof. Schultz, Addo Koranteng, Bürgermeister Boginski und Prof. Ibisch

STUDENTEN UND STUDENTINNEN AN DER FACHHOCHSCHULE EBERSWALDE

Die Fachhochschule Eberswalde unterhält mit ihren vier Fachbereichen Landschaftsnutzung und Naturschutz, Wirtschaft, Holztechnik und dem Fachbereich für Wald und Umwelt zahlreiche internationale Beziehungen.
Solche gab es bereits in den Anfängen der 1830 von Berlin nach Eberswalde verlegten Forstakademie, der Vorgängerin der heutigen Fachhochschule.
Der gute Ruf der Lehranstalt im Ausland verstärkte den Zulauf ausländischer Studenten. Im Jahr 1870 kamen erstmalig Ausländer nach Eberswalde, um hier zu studieren. Bis zum Wintersemester 1900 waren insgesamt 205 ausländische Studenten, hauptsächlich aus Holland und Russland, verzeichnet.

Die Nachfrage aus dem In- und Ausland nach Studienplätzen an der FH Eberswalde ist seit Jahren in allen 14 Studienrichtungen steigend. Dies führte in der Vergangenheit zu einer enormen Breitenwirkung und einer Aufwertung des Images der Stadt Eberswalde in aller Welt.

Luftbildaufnahme mit den Gebäuden der Fachhochschule (Foto: Th. Burckhardt)

Zurzeit studieren in Eberswalde insgesamt etwa 1600 junge Menschen, vor allem deutsche Studierende aller Bundesländer. Bemerkenswert aber ist die für die kleinste Fachhochschule im Land Brandenburg vergleichsweise hohe Zahl von etwa 60 ausländischen Studierenden.
Besonders in den auslandsorientierten Studiengängen International Forest Ecosystem Management (Bachelor of Science) und Forest Information Technology (Master of Science) und Global Change Management (Master of Science), im Master-Studiengang Nachhaltiger Tourismus, aber auch im Fachbereich Wirtschaft sind Studierende aus dem Ausland anzutreffen.
Sie kommen von fast allen Kontinenten, wie Asien (Vietnam, Indien, Bangladesh), Europa (Rumänien, Russland, Polen, Türkei, Slowenien, Mazedonien, Österreich, Irland, Frankreich, Albanien, Ukraine, Italien, Ungarn und Spanien), Afrika (Kamerun, Ghana), Nordamerika (USA) sowie aus Südamerika (Kolumbien, Guatemala, Honduras, Ecuador, Brasilien).
Ebenso weilen jedes Jahr etwa 12 Austauschstudenten unserer Partnerhochschulen in Polen, Finnland, Australien, Portugal und Spanien für jeweils sechs Monate in der Waldstadt.
Die Gründe der ausländischen Gäste für ein Studium in Eberswalde sind vielfältig. Auf die Frage, warum sie hier im Bachelor-Studiengang International Forest Ecosystem Management studiert hat, erklärt Danielle De Baets aus Kanada: „Mich interessierten die Erfahrungen und die Forschungsergebnisse, die Deutschland mit der Nutzung von knappen Ressourcen und einer hohen Bevölkerungsdichte hat. Das Umweltbewusstsein in Europa ist viel höher als in meinem Heimatland Kanada und vielen anderen Regionen der Welt. Nach dem Studium werde ich mich nun für die Belange der Umwelt einsetzen". Allein der Kontakt und die Teamarbeit mit Kommilitonen verschiedenster Nationalitäten im Unterricht ist eine große Bereicherung für Studierende der Fachhochschule.

Natürlich verläuft nicht alles reibungslos, wenn verschiedene Kulturkreise aufeinanderprallen. Zu Beginn des Studiums treten oft sprachliche Hürden auf, da die meisten Studierenden nur über geringe Deutschkenntnisse verfügen.
Die Master-Studiengänge am Fachbereich für Wald und Umwelt werden ausnahmslos in Englisch angeboten.
Hier ergeben sich manchmal Probleme, im täglichen Leben Toleranz und Akzeptanz zu finden.

Konkrete Problemsituationen sind Behördengänge, das Einkaufen etc., die zu sozialer Resignation und Vereinsamung sowie zu Studienproblemen führen können.
Auch finanzielle Engpässe können auftreten, wie bei Addo Koranteng aus Ghana. Er hat hart gearbeitet, um sein Studienziel zu ereichen. Er hat Freunde in Eberswalde gefunden, und er hat es mit eisernem Willen geschafft. Als erster afrikanischer Student erreichte er einen Doppel-Masterabschluss im Studiengang Forest Information Technology der Warschauer Universität der Lebenswissenschaften und der Fachhochschule Eberswalde und das in zwei Jahren Regelstudienzeit. Dafür erhielt er kürzlich den Preis des Deutschen Akademischen Auslandsdienstes.

Porträt Aleksandr Lopyrov

ALEKSANDR LOPYROV

Aleksandr Lopyrov wurde 1972 in Kiew geboren. Seine Vorfahren waren Ukrainer und Russen. In Kiew sprach man vor allem russisch, die eigene Muttersprache wurde in der Schule wie eine Fremdsprache gelernt, daneben wurde auch noch Englisch unterrichtet. Nach der Schule erlernte er den Beruf eines Elektrikers. Ziemlich rebellisch war er damals, so schätzt er es heute ein. Irgendwie hatte er dann die Lust aufs Studieren verloren. So stand er Ende Oktober 1990 18-jährig vor der Musterungskommission, und drei Tage später war er Soldat und auf dem Weg ins Ungewisse.
„Niemand hatte uns vorher gesagt, dass wir unseren zweijährigen Grundwehrdienst in Deutschland ableisten werden. Erst in Frankfurt/Oder war uns dieses klar geworden."

Aleksandr gehörte zu einer Einheit der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, die ihren Sitz in Eberswalde hatte. Seine Kaserne befand sich in der Bernauer Heerstraße, dort arbeitete er im Telegrafenamt. Zwei Jahre - fast ohne Kontakt zur Außenwelt - begannen. Der erste Ausgang, natürlich in der Gruppe, erfolgte nach 18 Monaten. Attraktionen für alle waren das bunte Angebot auf dem Eberswalder Wochenmarkt und ein Eisbecher im Café am Weidendamm. Nach den zwei Jahren als Wehrpflichtiger entschloss er sich, das Angebot anzunehmen, noch ein weiteres Jahr hier bei der Armee zu dienen. Sein Verdienst betrug anfangs 25 DM und im Verlängerungsjahr 185 DM.
Weil das Kasernenleben auf die Dauer doch zu öde wurde, fanden die jungen Männer bald den Weg in die Stadt. Es war zwar verboten, aber deshalb umso interessanter.
Bei einem solchen „Ausflug" lernte er auch seine erste Frau kennen. So manch aufregendes Abenteuer war zu bestehen.

Heute ist er Vorsitzender des Barnimer Ausländerbeirates und arbeitet als sachkundiger Einwohner im Sozialausschuss des Kreistages. Außerdem vertritt er die Interessen der Migrantinnen und Migranten auf Landes- und Bundesebene. Neben seiner Arbeit in einem Integrationsprojekt absolviert er ein Studium an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie. Die Sprache, in der er denkt, ist inzwischen Deutsch.
Sein großer Wunsch ist es, dass ein respektvolles Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft möglich wird und dass Desinteresse, Ängste und Feindbilder ihre Wirkung verlieren.

INITIATIVEN ZUR INTEGRATION VON MIGRANTEN/INNEN IN EBERSWALDE

In- und Ausländer/innenkreis im Begegnungszentrum „Wege zur Gewaltfreiheit"

Das Begegnungszentrum „Wege zur Gewaltfreiheit" ist seit 1992 Anlaufpunkt für Hilfe suchende Bürger/innen.
Die Arbeit erfolgt meistens in Form von Kampagnen und Petitionen.
Der dort vorhandene Fundus an Info-Material zum Thema „Migration" steht den Schulen und Jugendeinrichtungen zur Verfügung.

Ansprechpartner:
Thomas Lehmann
Brautstr. 34
16225 Eberswalde
Tel. 0 33 34/2 23 98

Bürgerstiftung Barnim – Uckermark

Die Bürgerstiftung ist eine unabhängige, gemeinnützige Stiftung von Bürgern für Bürger und verwaltet seit 2007 den Barnimer Notfallfonds für Flüchtlinge.
Damit können einzelne Flüchtlinge und Flüchtlingsfamilien im Landkreis Barnim in Notsituationen unterstützt werden, u. a. durch Hilfeleistungen nach rassistischen Übergriffen oder Zuwendungen für die oft schwierige Beschaffung von Dokumenten.

Ansprechpartner:
Andrè Koch
Eisenbahnstr. 3
16225 Eberswalde
Tel. 0 33 34 /49 74 82

Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit

Am 11. Juni 2001 wurde diese einzige hauptamtliche Koordinierungsstelle des Landes Brandenburg in Eberswalde eingerichtet.
Ihr Ziel ist es, Initiativen und Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu vernetzen und deren Arbeit durch Beratung und Informationen zu unterstützen und zu begleiten.
Darüber hinaus veranstaltet die Koordinierungsstelle Diskussionsrunden, Seminare und Gesprächskreise.

Ansprechpartner:
Kai Jahns
c/o Kita Pusteblume Ringstr 183
16227 Eberswalde
Tel. 0163/4 45 47 11

KONTAKT Eberswalde e.V.

Dieser Verein ist die Selbstorganisation der aus Russland und den anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR stammenden Eberswalder Migranten/innen.

Ansprechpartnerin:
Irina Holzmann
Havellandstr. 15
16227 Eberswalde
Tel. 0 33 34/ 38 30 70

Ausländerbeirat Barnim

Am 17.06.2008 fanden die dritten Wahlen in Form einer Briefwahl für einen Ausländerbeirat des Landkreises statt. Er besteht aus neun ehrenamtlich arbeitenden Mitgliedern und wurde wieder für die Dauer von drei Jahren gewählt. Als beratendes Gremium unterstützt der Ausländerbeirat den Kreistag und seine Ausschüsse sowie die Kreisverwaltung hinsichtlich der Belange der ausländischen Bevölkerung.
Diese Form der Mitwirkung der Ausländer/Innen am gesellschaftlichen Leben im Landkreis Barnim ist ein wichtiger Schritt zu ihrer Integration.

c/o Büro der Ausländerbeauftragten des Landkreises Barnim
Am Markt 1
16225 Eberswalde
Tel. 0 33 34/2 14 13 20

Ausländerbeirat Barnim